Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 176. Freitag den 27. Juni 1851.

Abonnements-Anzeige.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues vierteljährliches Abonnement auf die Breslauer Zeitung, welche wie bisher, bei unveränderter politischer Richtung, täglich des Morgens, und nur Montags des Nachmittags erscheint.

Sie wird wie bisher bemüht sein, den Leser möglichst rasch und vollständig von allem Geschehenen und für die Tages-Politik Interessanten zu unterrichten, so wie ihn durch betrachtende und erörternde Artikel über die Bedeutung der wichtigsten Tagesfragen zu verständigen, und in dieser Beziehung ihrer Aufgabe, als politisches Organ zu wirken, immer mehr entsprechen.

Sie wird aber außerdem den handelspolitischen Interessen der Provinz, in dem bereits zu wiederholten Malen klar ausgesprochenen Sinne zu dienen, dem Handel, dem Ackerbau und der Industrie theils durch referirende, theils durch raisonnirende Artikel nützlich zu werden suchen.

Sie wird überdies der Gesetzgebung und Rechtspflege so wie der Administration eine besondere Aufmerksamkeit widmen und in einem eigends hierzu bestimmten Theile der Zeitung von allen dahin einschlagenden Ereignissen, welche von allgemeinem Interesse sind, Akt nehmen.

Ebenso wird sie noch eine besondere Rubrik für Kunst, Literatur und Wissenschaft einrichten, überhaupt aber bemüht sein, durch Sichtung und sachgemäße Abgrenzung des Stoffes dem Leser möglichst bequem zu werden.

Dieser Zweck soll auch äußerlich durch die bereits eingeführte Format-Aenderung erreicht werden. Die Zeitung wird dadurch handlicher, bequemer lesbar, ohne, wie schon aus dem Vorhergehenden erhellt und bereits erfahrungsmäßig feststeht, in dem Umfang des zu liefernden Stoffes verkürzt zu werden.

Ueberhaupt wird die Redaktion wie die Expedition der Zeitung allezeit ein aufmerksames Ohr für die Wünsche des Publikums haben und die stete Bereitwilligkeit an den Tag legen, denselben, so viel thunlich, nachzukommen.

Trotz der Erweiterung der Zeitung bleibt der Abonnements-Preis derselben, wie früher, am hiesigen Orte 1 Rthlr. 15 Sgr., auswärts im ganzen preußischen Staate 1 Rthlr. 24½ Sgr. incl. Porto. Die viertheilige Petit-Zeile oder deren Raum wird den Inserenten mit 1¼ Sgr. berechnet. Auf die Breslauer Zeitung nehmen alle Post-Aemter Bestellungen an.

Neue Pränumerations-Bogen sind in Breslau in Empfang zu nehmen:

Albrechtsstraße Nr. 27, bei Herrn Lauterbach.
Albrechtsstraße Nr. 39, bei Herrn Carl Straka.
Albrechtsstraße Nr. 52, bei Herren Stryck u. Tiesler.
Breitestraße Nr. 40, bei Herrn Hoyer.
Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Rösner.
Buttermarkt Nr. 4, (Ring) bei Herrn R. Scholz.
Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 5, bei Herrn Herrmann.
Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 9, bei Herrn Schwarzer.
Goldne Radegasse Nr. 7, bei Herrn Pinoff.
Gräbschner Straße Nr. 1 a, bei Herrn Junge.
Junkernstraße Nr. 33, bei Herrn H. Straka.
Karlsplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.
Klosterstraße Nr. 1, bei Herrn Beer.
Klosterstraße Nr. 18, bei Herrn Syring.
Königsplatz Nr. 3 b, bei Herrn H. Bossack.
Kupferschmiedestraße Nr. 14, bei Herrn Fedor Riedel.
Matthiasstraße Nr. 17, bei Herrn Schmidt.
Neue Sandstr. 5, bei Herren Neumann u. Bürkner.
Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.
Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Tietze.
Oderstraße Nr. 1, bei Herrn C. G. Weber.
Ohlauerstraße Nr. 83, bei Herren Bial u. Comp.
Ohlauerstraße Nr. 55, bei Herrn C. G. Felsmann.
Ohlauerstraße Nr. 62, bei Herrn Rathstock.
Ohlauerstraße Nr. 70, bei Herrn Jacob.
Ohlauerstraße Nr. 75, bei Herrn Hoppe.
Reuschestraße Nr. 1, bei Herrn Neumann
Reuschestraße Nr. 12, bei Herrn Eliason..
Reuschestraße Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.
Ring Nr. 6, bei Herren Joseph Max u. Comp.
Ring Nr. 10/11, bei Herrn Hahn.
Rosenthalerstraße Nr. 4, bei Herrn Helm.
Sandstraße Nr. 12, bei Herrn v. Langenau.
Schmiedebrücke Nr. 36, bei Herrn Steulmann.
Schmiedebrücke Nr. 43, bei Herrn Lüke.
Schmiedebrücke Nr. 56, bei Herrn Leyfer.
Schweidnitzerstr. Nr. 36, bei Herren Stenzel u. Co.
Schweidnitzerstraße Nr 50, bei Herrn Scholtz.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 4, bei Herrn Böncke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 6, bei Herrn Lorcke.
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 7, bei Herrn Scheurich.
Stockgasse Nr. 13, bei Herrn Karnasch.
Tauenzienplatz Nr. 9, bei Herrn Reichel.
Tauenzienstraße Nr. 71, bei Herrn Thomale.
Tauenzienstraße Nr. 78, bei Herrn Herrm. Enke.
Weißgerbergasse Nr. 49, bei Herrn Strobach.
Weidenstraße Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Breslau, im Juni 1851.

Graß, Barth und Comp. (H. Barth), Verleger der Breslauer Zeitung.

Inhalt. Breslau. Die Grenzboten und die Stände-Restauration. — **Preußen.** Berlin. (Amtliches.) — ≅ Berlin. (Aussicht auf bundestägliche Normativ-Bestimmungen für die deutschen Verfassungs-Verhältnisse. Vermischtes.) — = Berlin. (Entscheidung des Oberkirchenraths. Das Ressort des allgemeinen Kriegs-Departements.) — Berlin. Oesterreich und die deutsche Flotte. Die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten.) — Berlin. (Kreis- und Provinzial-Vertretung.) — Berlin. (Hof- und Personal-Nachrichten. Zur Tages-Chronik.) — Königsberg. (Ende des Schützen-Jubelfestes.) — Münster. (General v. d. Gröben.) — Düsseldorf. (Klapka.) — **Deutschland.** Frankfurt. (Die Verzögerungspolitik des Bundestages. Die Pläne der preußischen Junkerpartei. Der Einfluß der auswärtigen Gesandten. Die Wallfahrten zum Fürsten Metternich. Die Sitzungen des Bundestages. Die Veröffentlichung der Protokolle. Berichtigung. Vermischtes.) — München. (Fürst Wrede.) — Kassel. (Der Umsturz der Verfassung.) — Leipzig. (Weitere Haussuchungen und Verhaftungen.) — Hannover. (Kammer-Verhandlungen. Die deutsche Flotte.) — Hamburg. (Der General Legeditsch und der Rückzug der österreichischen Truppen.) — Flensburg. (Die Versammlung der Notablen und deren Verhandlungen. Zustände in Schleswig.) — Kopenhagen. (Diplom. Verhandlungen.) — **Oesterreich.** ♉ Wien. (Militär. Finanzen. Die Theißregulirung). — N. B. Wien. (Tagesbericht.) — ** Von der galizischen Grenze. (Die Ansprüche Krakaus an Rußland. Die Judentumulte im Tarnower Kreise.) — Der sog. Bauern-Prophet Piecuch.) — **Belgien.** * Brüssel. (Das Ministerium und die Krone.) — **Frankreich.** ** Paris. (Zweite Lesung des Antrags Chapots. Ergebniß der Petitionen. Erklärung Berriers.) — **Spanien.** * Madrid. (Das Budget.) — **Provinzial-Zeitung.** Breslau. (Das Taubstummen-Institut.) — Breslau. (Das Orgel-Institut.) — Breslau. (Das diesjährige schlesische Gesangsfest.) — Breslau. (Installation des Diakonus Gossa.) — Breslau. (Die Bürger-Versorgungs-Anstalt.) — Breslau. (Polizeiliche Nachrichten,) — Breslau. (Der Central-Auswanderungs-Verein.) — Naumburg a. Q. (Schützenfest.) — **Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.** Breslau. (Schwurgericht.) — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** Breslau. (Produkten-Markt.) — Breslau. (Der Johanni-Markt.) — Breslau. (Schlesische Industrie.) — Petersburg. (Der Brand in Archangel.) — Liverpooler Baumwollen-Markt. — **Mannigfaltiges.**

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 24. Juni, Abends 8 Uhr. Im Revisionskomitee ist Broglie für freie Revision und gegen einen Bericht auf monarchische oder republikanische Revision. Das Komitee hat die Propositionen Creton's und Larabit's verworfen, die der Rue des Pyramides vertagt. Die Unterschriften der Revisions-Petitionen aus 50 Departements betragen für reine Revision 256,664, für Revision nebst Prorogation 184,131, für bloße Prorogation 10,160. — Die Revue auf dem Marsfelde war glänzend.

Paris, 24. Juni, Nachmittags 5 Uhr 3% 56. 5% 93, 15.

London, 24. Juni Nachm. 5 Uhr 30 Min. Die Bill für Zulassung der Juden ist vom Komitee in Berathung genommen worden.

Lissabon, 19. Juni. Das neue Wahlgesetz ist publizirt worden. Dasselbe unterscheidet sich von den früheren nur durch wenige Veränderungen.

Hamburg, 25. Juni Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen matter. Roggen unverändert. Oel 21⅝ fest.

London, 24. Juni Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 96⅝, ¾. Hamburg, 3 Monat-Wechsel, 13 Mrk. 7¼, ¾ ßl. (Berl. Bl.)

Turin, 21. Juni. Die Deputirten-Kammer hat den Vorschlag des Abgeordneten Bertolini zu einem Ehegesetze in Berathung gezogen.

Genua, 21. Juni. Der französische Repräsentant Bixio ist auf dem sardinischen Dampfer Castor aus Marseille hier eingetroffen.

Mailand, 21. Juni. Einige der neueren Verfügungen des Handelsministeriums empfehlen nachdrücklich die möglichsten Ersparungen bei öffentlichen Bauten; bevor die diesfälligen Beköstigungsvoranschläge der General-Baudirektion in Wien vorgelegt werden, müssen dieselben von der Staatsbuchhaltung genau geprüft und umständlich begutachtet werden. — Der k. k.

Provinzial-Chirurg Dr. Ciceri, welcher sich mit dem Verkaufe Mazzinischer Anlehensscheine befaßte, wurde des Amtes verlustig erklärt, und überdies zu einem zehnjährigen Festungsarreste verurtheilt.

Parma, 20. Juni. Der „Clero catolico" enthält die Bestätigung der Nachricht vom Abschlusse eines Konkordats zwischen Parma und dem heiligen Stuhle. Letzterer erkennt die Rechte des Herzogs auf den Besitz des Herzogthums als eines Theiles des Kirchenstaates vollkommen an.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 25. Juni. Das Revisions-Komitee verwarf die von Broglie vorgelegte Proposition der Rue Pyramides und adoptirte die Totalrevision. Herr v. Toqueville wurde achtstimmig zum Berichterstatter ernannt.
3proc. 55, 75. 5proc. 92, 58.

Breslau, 26. Juni.

Wir haben keinen Augenblick daran geglaubt, daß die Stellung der konstitutionellen Partei zu den neuesten feudalistischen Restaurations-Versuchen auch nur ernstlich in Frage kommen könnte.

Im Gegentheil waren wir der Hoffnung, daß der scharfe Luftzug aus den Gräbern des verwitterten Feudalismus endlich auch in jenem trüben Sumpf der Mitte ein wenig aufräumen werde, welcher bei üppiger Fruchtbarkeit an konstitutionellen Reden und Versicherungen doch so äußerst selten eine wirklich konstitutionelle Abstimmung und noch viel seltener eine konstitutionelle That zu Tage gefördert hat, daß die konstitutionell-absolutistischen Amphibien, welche bisher das konstitutionelle Fahrwasser nur allzusehr getrübt haben, angesichts des gebieterischen Entweder — Oder, endlich ihre Schlupfwinkel würden verlassen und sich dahin flüchten müssen, wohin sie längst gehörten, unter den Schweif der Junkerpartei.

Wir haben uns in diesen Erwartungen nicht getäuscht.

Noch hat kein Mitglied der konstitutionellen Partei — so weit unsere Wissenschaft reicht — zu dem Werke der Restauration Handreichung gethan.

Wohl aber haben noch gar viele Männer, welche der Partei der „Eigentlichen" nicht angehören, aber ihre Verfassungstreue nicht blos auf den Lippen tragen und das offizielle Regiment bisher nur aus übergroßem Vertrauen, nicht aus egoistischer Berechnung halbwillig unterstützten, jetzt an diesem Scheidewege ihre Mitwirkung versagt und wir dürfen hoffen, daß auf den improvisirten Ständetagen die allwillige Dienstbeflissenheit und das reine Junkerthum, das wir durchaus nicht mit dem Stande der Rittergutsbesitzer identifiziren, in würdiger Gemeinschaft „unter sich" sein werden.

Wie praktisch, so stellt sich das Verhältniß auch in der öffentlichen Diskussion.

Nur die erklärten Organe des Junkerthums und die wenigen Blätter der geheimen Fonds vertheidigen die Stände-Restauration und decken durch die Sophistik und die seltsamen Widersprüche ihrer Begründung die Bodenlosigkeit des restaurirten Gebäudes nur um so mehr auf. Alle übrigen konservativen Organe verlassen erschrocken das jäh hinabeilende Fahrzeug unserer Regierungs-Politik.

Wir würden daher schweigen können über eine Frage, die praktisch keine Frage mehr ist, wenn nicht seltsamer Weise grade ein Organ, welches durch treues Festhalten und geistvolle Vertheidigung der konstitutionellen Sache sich unbestreitbare Verdienste erworben hat, auf die geistreiche Idee verfallen wäre, die „Partei" zum Eintritt in die weit geöffneten Hallen altständischer Herrlichkeit eindringlich einzuladen.

Wir würden die beiden ††-Artikel in den letzten Nummern der „Grenzboten" als Schrollen eines politischen Querkopfes unbeachtet lassen, wenn nicht die geachtete Redaktion des Blattes sie ohne jede Bemerkung abgedruckt und dadurch stillschweigend zu der unbegrenzten Fügsamkeits-Politik des Verfassers sich bekannt hätte. Ihr, nicht aber den theilweise ziemlich seichten Raisonnements der beiden Artikel, gilt diese Entgegnung.

Der ††-Verfasser ermahnt in dem ersten Artikel die konstitutionelle Partei, von dem Rechtsboden abzulassen und auf den Boden der „Thatsachen" sich zu stellen. Auch in dem zweiten kommt er nach einer matten Beleuchtung des Rechtspunktes, welcher dem Glücklichen nur „zweifelhaft" erscheint, wieder auf den „praktischen Gesichtspunkt."

Wir fühlen uns außer Stande, mit einer eleganten Schwenkung über ein beschwornes Recht uns hinwegzusetzen.

Die konstitutionelle Partei führt ihren Namen von der Konstitution. Sie ist die Partei des Verfassungsstaates und der Verfassungsstaat ist eben der „Rechtsstaat", die allein haltbare Stellung einer konstitutionellen Partei der Standpunkt des vielverspotteten „Rechtsbodens." Giebt die Partei diesen auf, betheiligt sie selbst sich an Handlungen, die ihn nach ihrer Ueberzeugung unterhöhlen und schließlich stürzen müssen, dann mögen ihre bisherigen Mitglieder alles Mögliche sein, Liberale, Radikale oder Reaktionäre — Konstitutionelle sind sie nicht mehr und eine konstitutionelle Partei hat aufgehört zu existiren.

Wir geben zu, daß es möglich ist, bei einem hohen Grade von Schwärmerei für die ständische Gliederung und einer starken Dosis Widerwillen gegen den „französischen Konstitutionalismus" zu einer dermaßen einseitigen Auffassung der Verfassung zu kommen, um in der Logik der Ministerial-Reskripte eine verfassungsmäßige Brücke zwischen ihr und dem Ständewesen zu erblicken. Wir geben zu, daß der Minister, in dieser Einseitigkeit befangen, selbst an die Richtigkeit der widerspruchsvollen Gründe, mit denen er seine Maßregel rechtfertigt, geglaubt haben mag.

Was wir aber nimmermehr zugeben können, das ist die Möglichkeit, daß auch die Konstitutionellen in einer Beweisführung, welche selbst die dabei so sehr interessirte Kreuzzeitungs-Partei bestritten, ja verspottet hat, über ihre Verfassungsbedenken Beruhigung finden könnten.

Sie, welche die spärlichen Rechte der Verfassung erkämpft und der Gegenpartei abgerungen, welche die Gesetze, auf die der Minister sich beruft, in ihren Vertretern mit beschlossen haben, können unmöglich jetzt vergessen, in welchem Sinne dieselben erlassen wurden. Sie können unmöglich vergessen, in welchem Sinne **sie** die Verfassung aufgenommen und beschworen haben. Sie müssen es wissen, daß bei der ausgesprochenen Aufhebung der Standesvorrechte Niemand an die Möglichkeit des Fortbestehens der ritterlichen Privilegien gedacht hat, daß bei dem Artikel, welcher die Gesetze über die Kreis- und Provinzial-Stände aufhebt, es Niemandem in den Sinn gekommen ist, die Rechtskraft dieser Aufhebung in eine unbestimmte Zukunft zu verlegen, daß bei dem Artikel 67 der Gemeinde-Ordnung die Auslegung, welche jetzt der Minister demselben giebt, damals Jedermann fern gelegen hat.

Von ihnen wäre es ein frevelhaftes Spiel mit der eigenen Ueberzeugung, wenn sie jetzt auf eine Logik der Auslegung eingehen wollten, welche die ihrige unmöglich sein kann. Von ihnen wäre es ein Bruch des Verfassungseides, wenn sie jetzt Rechte sich anmaßen wollten, welche die Verfassung in dem Sinne wenigstens, in welchem sie dieselbe beschworen haben, verbietet.

Hier liegt auch der Punkt, in welchem die „Eigentlichen" und die „Konservativ-Konstitutionellen" zusammentreffen müssen, sofern die Letzteren überhaupt noch konstitutionell sein wollen.

Ob man bei der Beurtheilung der Verfassungsmäßigkeit von Regierungshandlungen selbst gegen die eigene Ueberzeugung, mehr oder minder nachsichtig oder nachgiebig sein solle, das mag eine Frage der Politik und der Nützlichkeit sein, die verschieden beantwortet werden kann. Ob man aber wider die eigene Ueberzeugung verfassungswidrige Rechte selbst ausüben dürfe, das ist nur eine Frage der Rechtlichkeit.

Der Minister hat die Rücksicht gehabt, die Wiederergreifung ihrer Privilegien den alten Ständen freizustellen. Sie haben also die Wahl, und sie, nicht der Minister, haben in erster Reihe die Verantwortlichkeit.

Die Frage, welche die Grenzboten aufgeworfen haben, ist also zu allererst und überwiegend eine Frage des Gewissens, und der „praktische Gesichtspunkt" hat dabei, sofern das Gewissen noch etwas gilt, nur eine sehr untergeordnete Bedeutung.

Aber wir haben auch die Erörterung dieses „praktischen Gesichtspunktes" nicht zu scheuen.

Die Grenzboten wünschen uns auf dem Boden der Thatsachen zu sehen. Aber was verlangen sie von uns?

Sie verlangen, daß wir die Thatsachen, die nach unserer Ueberzeugung den Rechtsboden untergraben müssen, erst mit sollen schaffen helfen, um dann mit diesen Thatsachen unsere Apostasie von dem Rechtsboden entschuldigen zu können.

„Der Widerstand," sagen sie, „wird kein so allgemeiner sein, um die Ausführung des Gesetzes zn hintertreiben. Außerdem waren bereits die einzelnen Bestimmungen jenes Reskripts von der Art, daß man überzeugt sein konnte, die Regierung sei entschlossen, nöthigenfalls Gewalt zu gebrauchen."

Also lieber das als Unrecht Erkannte sogleich freiwillig thun, die Verantwortlichkeit auf das eigne Gewissen nehmen, der möglichen Gewalt im Voraus sich fügen! Und wozu dies Alles? Nur um sofort und unter dem Scheine der Rechtsbeständigkeit das herbeizuführen, was schlimmstenfalls das Resultat der Gewalt sein könnte!

Die „Grenzboten" sehen als einziges Resultat eines partiellen Widerstandes nur einen neuen Bruch in der Partei selbst, ein noch vollständigeres Heraustreten derselben aus dem realen Staatsleben und eine innigere Allianz der Regierung mit der äußersten Rechten." Wir sind versucht zu behaupten, daß in diesem Satze so viele Irrthümer als Worte stecken.

Wenn die Politik der konstitutionellen Partei in dieser Frage einen Bruch in der Partei herbeiführen sollte, so würde es nur dadurch möglich werden, daß Stimmen, wie die in den Grenzboten, einzelne Mitglieder derselben nachträglich umzustimmen vermöchten. Der Bruch würde nur von denen ausgehen können, welche die praktisch schon feststehende Haltung der ganzen konstitut. Partei in allen ihren Schattirungen durch neue Zweifel zu erschüttern suchten. Wer deshalb mit der konstitutionellen Partei bricht, weil diese mit ihren Prinzipien nicht brechen will, dessen Ver[illegible] würde die Partei eher stärken als schwächen.

Und nun wieder der Popanz des „Heraustretens aus dem realen Staatsleben!"

Lasse man sich doch durch Schlagworte nicht allzusehr verblenden!

Sind denn wirklich die altrn Stände-Versammlungen der Sitz des realen Staatslebens? Diese Versammlungen, in denen nur ein Theil, vielleicht nur ein kleiner Theil der Rittergutsbesitzer und einige Leute ohne politische Gesinnung tagen werden? Glauben denn die Grenzboten im Ernste, daß die realen Mächte des nicht zu vertilgenden modernen Staates in jenen abgestorbenen Bildungen noch einmal dauernd Wurzeln schlagen können? Glauben die Grenzboten wirklich, daß der Regierung daran gelegen sein kann, in den alten Ständen eine Macht im Staate aufzurichten? Ist es ihnen entgangen, daß die restaurirten Stände nur eine Schöpfung eines Ministers sind, und daß ihre Beschlüsse cassirt werden, wenn sie nicht dem herrschenden System dienen?

Die alte Ständefreiheit kann nicht wiederkehren. Die alten Stände werden in's Leben treten — wir zweifeln nicht daran — sie werden auch eine Zeitlang fortvegetiren. Aber sie werden keine selbstständige Macht werden, sie werden eine Kette sein in dem herrschendem System, ein Werkzeug der Restaurationspolitik, nichts weiter.

Wenn wir von der Anarchie der Ständewirthschaft, wie sie schon jetzt sich allenthalben zeigt, uns fern halten, so treten wir aus dem Staate nicht heraus. Noch bestehen die verfassungsmäßigen Organe, noch ruht in ihnen von Rechtswegen die Realität des Staatslebens. Dort ist unser Platz und es geziemt uns nicht, ihn zu verlassen, noch ehe wir von demselben vertrieben werden.

Die Grenzboten täuschen sich aber auch, wenn sie an die Möglichkeit irgend einer Wirksamkeit der Konstitutionellen in den alten Ständeversammlungen glauben und sich schmeicheln, daß durch deren Mitwirkung die Allianz der Regierung mit der äußersten Rechten aufgehalten oder rückgängig gemacht werden könnte.

Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß auf die Mitwirkung der Konstitutionellen gar nicht gerechnet worden ist. Das in offiziellen Organen ausgesprochene Ziel der Regierung, die Zurückführung der ständischen Gliederung, treibt sie gebieterisch zum Bündniß mit ihren „einzigen Freunden." Die Konstitutionellen könnten dabei nur die traurige Rolle spielen, welche die Partei Bodelschwingh in der letzten Kammersession mit so wenig Erfolg und so wenig Ruhm gespielt hat. Sie könnten unter Verleugnung ihrer Ueberzeugung das mit herbeiführen helfen, was die äußerste Rechte auch ohne sie herbeiführen würde, um bei dem unausbleiblichen Zerfalle des künstlich restaurirten Gebäudes als Partei mit unter den Trümmern begraben zu werden und — der Demokratie freies Feld zu hinterlassen.

Für eine Scheinwirksamkeit würden sie die Grundbedingungen ihrer politischen Existenz, die Treue ihrer Grundsätze, den Stolz des Mannes opfern müssen, und — wenn doch unter ihren eigenen Händen die Verfassung stückweise zerbröckelt wäre — nicht einmal sagen können: „Alles verloren, nur die Ehre nicht" sondern bekennen müssen: „Ehre verloren, Alles verloren!"

Breslau, 26. Juni. Unser ♉ Wiener Korrespondent berichtet über eine Aeußerung, durch welche Fürst Schwarzenberg die Einwendungen des Finanz-Ministers Kraus gegen die Höhe des österreichischen Militär-Etats niedergeschlagen hat. Es ist möglich, daß diese Aeußerung dem Fürsten blos angedichtet ist, da man in diplomatischen Sphären dem Cynismus der Ansichten nicht auch im Cynismus des Ausdrucks zu huldigen pflegt; jedoch ist nicht abzuleugnen, daß das System, welches in Oesterreich thatsächlich in Geltung steht, allerdings auf jener traurigen Anschauung basirt, welche den Staat nur als eine Zwangs-Anstalt begreift, zu deren Aufrechthaltung es nur materieller Mittel und Kräfte bedarf.

Oesterreich sieht daher auch in dem Nationalitäts-Streben seine größte Gefahr und hat dieser durch die Erfindung seines Centralstaates zu begegnen gesucht. Ja die Voß. Z. weist wohl mit Recht darauf hin, daß Oesterreichs Forderung, mit seinem ganzen Länder-Komplex in den deutschen Bund aufgenommen zu werden, hauptsächlich in der Absicht gestellt wird, um damit das deutsche Nationalitäts-Bewußtsein erfolgreich zu untergraben; so wie das Verhalten Oesterreichs in der schleswig-holsteinschen Sache in jener Politik, abgesehen von allen sonst mitwirkenden Faktoren, seine Erklärung findet.

Unter diesen Umständen kann man den bundestäglichen Normativbestimmungen hinsichtlich der deutschen Verfassungsverhältnisse, welche nach getroffener Verständigung Oesterreichs und Preußens erscheinen sollen, nur mit Besorgniß entgegensehen, mit um so größerer, je mehr in Preußen selbst die weitere Ausbildung des konstitutionellen Systems in Frage und die Rückkehr zum ständischen Prinzip als nothwendiger Zielpunkt der Entwickelung selbst von offiziösen Organen, wie die Preuß. Z., in Aussicht gestellt ist.

Uebrigens ist es erfreulich genug, dem Drängen und Treiben einer Partei gegen über, welche ihre höchst egoistischen Zwecke hinter einem somnambulen Patriotismus so geschickt zu verbergen weiß, gegenüber von Männern, deren konservative und loyale Gesinnung eben so über allen Zweifel erhaben, als ihre Einsicht in die politischen Zustände ihr Urtheil kompetent macht, Aeußerungen zu vernehmen, welche bei Abwägung der Gründe für und gegen verfassungsmäßige Zustände schwer in's Gewicht fallen möchten.

Der Abgeordnete zur ersten Kammer, geh. Rath (und Gesandter zu Rom) v. Usedom, hat ein Sendschreiben an seine Wähler erlassen, worin er die Gründe auseinandersetzt, weshalb er nicht, gleich der Mehrheit jener Kammer, für Verwerfung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes gestimmt. „Man hat, bemerkt er, bei dieser Gelegenheit und auch sonst schon vielfach sagen hören: Wozu eine konstitutionelle Minister-Verantwortlichkeit, denn wozu überhaupt eine Konstitution?“ Hr. v. Usedom legt nun sein politisches Glaubensbekenntniß offen dahin ab: daß, nach seiner Meinung, der moderne Konstitutionalismus zwar viele Schwächen und viel Nachtheiliges, im Vergleich zur alten ständischen Verfassung, darlege und die jetzige Verfassung noch mancher Verbesserung bedürfe. „Allein es scheint mir ein Irrthum, wenn man der Verfassung keine größere Berechtigung als wie einem bloßen Produkte des März-Wahnsinns zugestehen will. Das Streben unserer Zeit nach parlamentarischen Staatsformen ist doch älter und tiefer, als der März-Wahnsinn; es wird auch durch Abschaffung dieser oder jener Verfassung nicht vertilgt.“ Die Regierung könnte — so meint der Verfasser — wenn sie sonst wollte, jetzt die Landesverfassung beseitigen, ohne einen revolutionären Ausbruch besorgen zu müssen. „Dessen ungeachtet wird sie es schwerlich wollen. Die Stürme, die hierdurch in Zukunft vorbereitet werden, scheinen bedrohlicher als die Vortheile, die man in der Gegenwart damit erreicht. Ich sage nichts von der feierlichen Verpflichtung, die uns alle an die Landesverfassung bindet.“ Der Verfasser erwähnt der Anforderung: die Kammern sollten der scheuen Regierung gegen die Verfassung zu Hülfe kommen. „Aber so weit hierin vorzugehen, um der Regierung eine Untergrabung der Verfassung aufzudrängen, scheint mir nicht weise, selbst wenn es für den Augenblick auch gefahrlos wäre.“ Der Verfasser hält dafür, daß dann kein festes Staatsrecht mehr da sein würde, zum einzigen Schutze gegen die Stürme des politischen Weiterdrängens unseres Jahrhunderts. Eine solide Armee sei zwar unentbehrlich, aber eine angemessene sichere organische Gestaltung durch Gesetze nicht minder; es sei zu fürchten, daß allmählig jener tiefe und grimmige Haß gegen alles gouvernemental Bestehende auf's Neue erwachsen möchte, so fürchterlich, wie es eben nach der französischen Februar-Revolution in Deutschland der Fall gewesen: „er gab einem Straßenaufruhr die Wirkungen einer Revolution.“ Herr v. Usedom geht weiter und fragt: ob man jetzt noch zwischen parlamentarischer Staatsform und absoluter Monarchie abwägen könne? nicht vielmehr den Zustand mit der Verfassung gegen den, welchen die Abschaffung herbeiführen würde? Er kommt zu dem Schlusse: „Man muß sich, zumal in unserer Zeit, wohl bedenken, bevor man das einmal Festgestellte wieder hinwegthut, weil das Denken und Wollen dann aufs Neue ins Wilde und Schrankenlose geworfen wird. Ehe man also gegen die Verfassung einschreitet, muß man sich fragen: Was hernach? Kann man wirklich glauben, daß, wenn die Verfassung wegfällt, Jedermann sich ohne Weiteres für die absolute Alleinherrschaft erklären werde?“ Bei uns würde, meint Hr. von Usedom, nicht Absolutismus oder Cäsarismus, sondern die Republik die Erbschaft des Konstitutionalismus antreten wollen, und es würden Zeiten denkbar werden, wo man sich nach der jetzt manchmal unbequemen Konstitution gerade ebenso zurücksehnen dürfte, wie man im Sommer 1848 nach dem vereinigten Landtage zurückverlangte. Hr. von Usedom hat mit ernstester Besorgniß gefunden, daß die republikanische Tendenz in die mittleren und gebildeten Schichten der Gesellschaft emporsteigt; daß nicht die rothe, aber die weiße oder blaue Republik Fortschritte macht: — eine Präsidial-Republik! Deshalb warnt Herr v. Usedom die Kammern: „recht sorgsam darauf zu achten, wie sie mit der Verfassung umgehen; bricht dann auch wirklich jener soziale Revolutionssturm ein, von dem der Abg. Stahl beredt gesprochen hat, sollten wir ihm dann nicht mit einem Verantwortlichkeitsgesetz und mit einer ungelähmten Verfassung ebenso unbesorgt entgegentreten können, als mit einer nur nominellen Verfassung oder einem unumschränkten Throne, umgeben von Republikanern?“

Preußen.

Berlin, 24. Juni. [Amtliches.] Des Königs Majestät haben gestern Nachmittags um 3 Uhr im Schlosse zu Sanssouci dem königl großbritannischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Grafen v. Westmorland, eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus seinen Händen ein Schreiben Ihrer Majestät der Königin des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe von dem gedachten Posten abberufen wird.

25. Juni. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Kreisgerichts-Rathe Karl Friedrich Klein zu Quedlinburg und dem Amts-Inspektor Händler zu Grünewald im Kreise Hoyerswerda den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem vormaligen Feldwebel Karl Friedrich Müller des Garde-Reserve-Infanterie-(Landwehr)-Regiments, zur Zeit Hausvater der Straf-Anstalt in Spandau, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und die Obergerichts-Assessoren und interimistischen Staats-Anwalte Dahlstroem zu Konitz und Bodien zu Löbau zu Staats-Anwalten und zwar den Ersteren für die Bezirke der Kreisgerichte zu Konitz und Schlochau, den Letzteren für die Bezirke der Kreisgerichte zu Löbau und Rosenberg, zu ernennen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Major v. Alvensleben vom Garde-Reserve-Infanterie- (Landwehr-)Regiment die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Majestät dem Könige von Hannover ihm verliehenen Ritterkreuzes des Guelphen-Ordens; sowie dem Füsilier Raphael Krobatscheck des 23. Infanterie-Regiments zur Anlegung der ihm in früheren kaiserl. österreichischen Kriegsdiensten verliehenen silbernen Tapferkeits-Medaille und der päpstlichen Erinnerungs-Medaille zu ertheilen.

Der Landrath v. Benkendorff-Hindenburg ist von Löbau nach Posen versetzt worden. — Dem Subrektor und Oberlehrer an dem Gymnasium zu Stendal, Dr. Eduard Gottlieb Schrader, ist das Prädikat „Professor“ und dem Lehrer an derselben Anstalt, Dr. Friedrich Wilhelm Alexander Eitze, das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, nach Ballenstädt.

≃ **Berlin,** 25. Juni. [Aussicht auf bundestägliche Normativbestimmungen für die deutschen Verfassungsverhältnisse. — Vermischtes.] Das Interesse für die nächsten hiesigen Gestaltungen, so weit es nicht durch die sich immer mehr häufenden Abnormitäten bei Ausführung der Ministerial-Reskripte vom 15. und 28. v. M. in Anspruch genommen wird, tritt im Augenblick wesentlich zurück vor der Spannung auf die nächsten Resultate, die wir von Frankfurt aus zu erwarten haben. Wir haben hierbei nicht die momentanen Fragen wegen der schleswig-holsteinschen oder kurhessischen Angelegenheit oder wegen der deutschen Flotte 2c. im Sinne, sondern die Frage, ob und in wie fern die nächsten Hebel für eine Beseitigung unserer konstitutionellen Staatsverhältnisse von Frankfurt aus werden angelegt werden. Man versichert nämlich, daß die Verhandlungen, welche zwischen Wien und Berlin noch fortgesetzt werden, zunächst jetzt dahin geführt haben, daß man unverweilt bei der Bundesversammlung die Aufstellung gewisser Normativ-Bestimmungen für die deutschen Verfassungsverhältnisse beantragen will. Man hofft die Fragen wegen genereller Aufhebung der deutschen Grundrechte, wegen der kurhessischen Verfassung u. s. w. am geeignetsten auf diese Weise erledigen zu können. Die Rückwirkungen auch auf unsere Verfassung können und werden dann natürlich nicht ausbleiben, zumal ja der Art. 118 unserer Verfassungs-Urkunde für die desfallsigen Aenderungen dann die Anhaltspunkte darbieten wird. Schon in einer der nächsten Sitzungen des Bundestags wird dem Vernehmen nach ein anderer Punkt, der zu einem Konflikte mit den Verfassungen der Einzelstaaten führen muß, zur Erledigung gelangen, nämlich die Beschwerde, welche mehrere Mitglieder des ehemaligen reichsunmittelbaren Adels, gestützt auf Art. 14 der Bundesakte, wegen Verletzung der ihnen darin zugesicherten Rechte und Freiheiten bei der Bundesversammlung angebracht haben. Da der Art. 4 unserer Verfassung alle Standesvorrechte abschafft, ist damit der Art. 14 der Bundesakte für Preußen ganz von selbst außer Kraft getreten, und jede Aenderung hierin von Bundeswegen müßte daher zu einem Konflikt mit einer klaren Bestimmung unseres Staatsgrundgesetzes führen. Es soll aber, so fügt man uns hinzu, kaum mehr zweifelhaft sein, daß die bevorstehende Entscheidung des Bundestages zu Gunsten der Beschwerdeführer ausfalle. *)

Noch zwei andere Punkte in Beziehung auf die in Frankfurt zu erwartenden Verhandlungen mögen, so weit sich von hier aus darüber berichten läßt, kurz erwähnt sein. Man ist nämlich bei den Verhandlungen zwischen hier und Wien in bestimmter Form übereingekommen, dem von Oldenburg und mehreren thüringischen Staaten bereits gestellten und wahrscheinlich noch zu wiederholenden Antrage wegen einer Vorlegung der Schriftstücke über die Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich unter keiner Bedingung zu willfahren; und zweitens ist Herr v. Rochow von hier aus angewiesen worden, für eine Veröffentlichung der Bundestags-Protokolle in der Weise zu stimmen, daß mit Fortlassung aller Details und der einzelnen Vota die Beschlüsse und die Berathungsgegenstände nach jeder einzelnen Sitzung publizirt werden sollen. — Der Flügeladjutant des Königs, Herr v. Boddien, wird heute von seiner Mission nach Paris hier zurückerwartet. Es wird sich daher nun wohl bald das Genauere über die von ihm erreichten Resultate mittheilen lassen. — Man erzählt heute, daß der gegenwärtig hier verweilende Prinz Adalbert von Baiern, nachdem er noch einen Besuch in Oldenburg und Hannover wird abgestattet haben, sich nach Stockholm begeben werde, da man seiner Verlobung mit der Prinzessin Charlotte von Schweden (geb. den 24. April 1830) soll entgegensehen dürfen. — Die Verhandlungen der Grenzregulirungs-Kommission zwischen Schleswig und Holstein werden dem Vernehmen nach noch einmal von vorn beginnen, indem den gegenwärtigen Kommissarien noch 3 holsteinische und 3 dänische Vertrauensmänner hinzutreten werden. Eine entschiedene Differenz soll zwischen den Kommissarien nur noch in Betreff Rendsburgs bestehen, indem in Betreff des Fehmarn'schen Sundes, ferner in Betreff der Ansprüche der Stadt Kiel an die Meeresstrecke von Holtenau bis Bülck und in Betreff des schleswig-holsteinischen Kanals von Seiten des dänischen Kommissars in den wesentlichsten Punkten nachgegeben worden sein soll. — Der Rücktritt des Seehandlungs-Präsidenten Bloch von seinem Amte, für den die Kreuz-Zeitung seit dem Verläumdungs-Prozeß des Herrn Bloch gegen deren Chef-Redakteur unausgesetzt agitirt, soll nunmehr wirklich bevorstehen.

*) Anmerk. Die Frage, wie sich die Bundes-Versammlung zu den durch den Bundesbeschluß vom 2. April aufgehobenen Ausnahme-Gesetzen stellen werde, — sagt die Nat.-Z. — ist schon zu wiederholten Malen erörtert worden. Ohngeachtet die Aufhebung in einer vollkommen legalen Form erfolgte, hat man doch die Exekution in Kurhessen auf Grund dieser Ausnahme-Gesetze ausgeführt, und es wäre eigentlich, nachdem man den Beschluß vom 2. April 1848 de facto negirte, gleichgültig, ob das jetzt noch durch einen neuen Beschluß geschieht. Die „V. Z.“ hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die Bundes-Versammlung alle vom Anfange der Bewegung des Jahres 1848 an, bis zu seiner Selbstauflösung am 12. Juli 1848 gefaßten Beschlüsse jetzt nochmals in Berathung ziehen und über deren Zulässigkeit oder Unzulässigkeit entscheiden werde. Die „V. Z.“ ist zugleich so freundlich, die Unbestimmtheit der Fassung im Antrage des Vorparlaments zur Aufhebung der Ausnahme-Gesetze, und in dem Beschlusse der Bundes-Versammlung selbst als einen leichten Weg zur Rehabilitirung der frühern Gesetze anzugeben.

= **Berlin**, 25. Juni. [Entscheidungen des Oberkirchenraths. — Das Ressort des allgemeinen Kriegsdepartements. — Herr Eike.] Der evangelische Oberkirchenrath hat vor einiger Zeit Gelegenheit gehabt, über eine Frage zu entscheiden, welche in der gegenwärtigen Parteistellung zwischen den Anhängern der Union und denen des alleinigen lutherischen Bekenntnisses eine allgemeinere Bedeutung hat. Bekanntlich enthält die allgemeine Bestätigungsurkunde der Vocation für ein Pfarramt nicht nur die Verpflichtung auf das lutherische Bekenntniß, sondern auch die auf die symbolischen Bücher, welche in den preußischen Staaten autorisirt sind. Diese letztere Verpflichtung zu übernehmen lehnte ein schlesischer Pfarrer bei seiner Vokation ab und beantragte bei dem Oberkirchenrathe: das gute Recht der konfessionellen Gemeinde auf konfessionelle Konfirmation der Vokation ihrer Geistlichen anzuerkennen und geltend zu machen. Hierauf ertheilte der evangel. Oberkirchenrath folgenden Bescheid: „Es liegt weder in der Befugniß noch in der Absicht des Kirchenregiments, im Widerspruche mit dem allgemeinen Grundsatze, den herkömmlichen Konfessionsbestand irgend einer evangelischen Gemeinde aufzuheben oder zu ändern. Soweit sich derselbe nun in der Ihnen ertheilten Berufungsurkunde ausgedrückt findet, hat er auch durch die Konfirmation, die sich selbst „als eine Bestätigung der Vokation“ ankündigt, aufrecht erhalten werden sollen. Es ist daher eine nicht gegründete Besorgniß, wenn Sie meinen, es werde durch die Ausdrucksweise der Konfirmations-Urkunde eine Aufhebung oder Vermengung des Konfessionsbestandes Ihrer Gemeinde mit einer andern bezweckt. Wir hoffen, daß durch diese Erklärung Ihr Zweifel werde gehoben sein, indem Sie dieselbe zugleich als die von Ihnen gewünschte ausdrückliche Anerkennung des konfessionellen Rechtes Ihrer Gemeinde betrachten können.“ — Nach der zur Zeit bestehenden Organisation der Verwaltung des Kriegsministerii ist das allgemeine Kriegsdepartement die rechnungsabnehmende Behörde für sämmtliche Bildungsanstalten der Armee, nämlich: 1) die allgemeine Kriegsschule; 2) die Artillerie- und Ingenieurschule; 3) das Kadetten-Korps mit 5 Kadettenhäusern; 4) das medizinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelms-Institut; 5) die 17 Divisionsschulen; 6) die Ober-Militär-Examinations-Kommission; 7) die 18 Porte d'Epee-Fähndrichs-Examinations-Kommissionen; 8) die 20 Garnisonschulen; ferner für 9) die 31 Fortifikationen; 10) die 3 Marine-Depots. Außerdem stehen direkt unter demselben: 1) das Militär-Reitinstitut; 2) das Institut der Militär-Eleven in der Thierarzneischule; 3) das Institut für Militär-Gymnastik; 4) der Pulver-Fabriken in Spandau und Neisse; 5) die Geschütz-Gießereien in Berlin und Breslau; 6) die Gewehr-Fabriken in Potsdam, Saarn, Suhl, Neisse, Sömmerda, Danzig; 7) die Gewehr-Umänderungs-Anstalten in Köln, Magdeburg, Berlin und Breslau und die Waffen-Fabriken in Solingen; 8) die Artillerie-Werkstätten in Berlin, Köln, Neisse und Danzig; 9) das Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau; 10) die 33 Artillerie-Depots. — Die im Gange gewesenen Unterhandlungen zwischen der königl. General-Intendanz der Hofbühne und dem Schauspiel-Direktor Eike, als Regisseur bei dem königlichen Theater, sind von der Intendanz abgebrochen worden.

Berlin, 25. Juni. [Oesterreich und die deutsche Flotte.] Die „N. Pr. Ztg.“ sagt: Das „Journal de Francfurt“ Nr. 148 hat in einer „correspondance particulière“ aus Wien vom 18. d. M. unsere Nachricht, daß Oesterreich bisher nicht einen Centimen für die deutsche Flotte beigesteuert habe, durch eine angeblich auf Thatsachen gestützte „Refutation“ zu widerlegen gesucht. Wir sind in den Stand gesetzt, auf Grund einer genauen Information nochmals das wahre Sachverhältniß dieser vermeintlichen „thatsächlichen Widerlegung“ durch nachfolgende spezielle zuverläßige Facta entgegen zu stellen. Mittelst eines unter Vorsitz des derzeitigen österreichischen Bundestagsgesandten, Herrn v. Schmerling, am 17. Juni 1848 gefaßten Beschlusses bestimmte die Bundesversammlung die ersten Geldmittel für eine allgemeine deutsche Flotte, indem sie mit Einstimmigkeit zur Bestreitung der ersten Ausgaben für die Marine 300,000 Rtlr. vorschußweise aus den Festungsgeldern von Ulm und Rastatt anwies. In dieser Bewilligung lag das Anerkenntniß, daß eine deutsche Flotte als ein allgemeines deutsches Bundeseigenthum angesehen wurde, wie denn auch der Wortlaut der demnächst von der provisorischen Centralgewalt ausgeschriebenen Matrikular-Umlage von 6 Mill. Thaler diese als zur ersten Gründung der deutschen Marine bestimmt bezeichnete. Später ist die Verwaltung der Flotte von der Centralgewalt auf die durch Oesterreich und Preußen gebildete, von allen übrigen deutschen Staaten anerkannte Bundes-Centralkommission, und von dieser wiederum auf den allseitig beschickten Bundestag als Verwaltung eines Bundes-Eigenthums übergegangen. Hiernach kann man begreiflich nicht vermeinen, Oesterreich habe seiner Bundespflicht genügt, wenn es sich bereit erklärt, die eigene Flotte auf Verlangen des Bundes demselben zur Disposition zu stellen; die Annahme eines solchen Anerbietens würde den Begriff eines Kontingents-Verhältnisses der österreischischen Flotte zum deutschen Bunde involviren, während es sich um eine derartige Beziehung gar nicht, sondern um ein Eigenthum des Bundes handelt. Oesterreich darf und kann nicht eher behaupten, seiner Bundespflicht genügt zu haben, bis es entweder den auf ihn an jenen umgelegten 6 Mill. Thaler fallenden Matrikularbeitrag baar eingezahlt oder in Uebereinstimmung mit dem deutschen Bunde demselben ein jener Summe an Werth gleichkommendes Schiffsmaterial als Eigenthum überwiesen hat. Nach Erfüllung dieser Verpflichtung ist es erst zu gleicher Theilnahme mit denjenigen Staaten berechtigt, welche bisher ihren matrikularmäßigen Verbindlichkeiten, resp. baar oder in anderweitigen von der jeweiligen Bundescentralbehörde anerkannten Leistungen genügt haben. Preußen allein hat von den oben erwähnten 6 Millionen über 900,000 Thaler baar eingezahlt, also mehr als den Betrag der ersten auf seinen Antheil fallenden Rate, hat außerdem für eine größere Summe, als der Restbetrag der 2. Rate beträgt, zu Gunsten der allgemeinen deutschen Flotte Schiffsmaterial beschafft, dessen Uebergabe so lange nicht erfolgen kann, als bei anderen Staaten eine Lauheit ferner obwaltet, für eine allgemeine deutsche Flotte Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Ueberdies muß hervorgehoben werden, daß Preußen bisher freilich gleich wie Oesterreich ein Flottenmaterial auf eigene Rechnung an Werth von 1 Mill. Thaler beschafft hat, welches bei seinen übrigen Leistungen für die allgemeine deutsche Marine nicht in in Anrechnung kommt, aber eben so gut zur „Disposition des deutschen Bundes“ gestellt werden könnte, wie die österreichische Flotte nach den Wiener Intentionen als Entgeltung der nicht geleisteten Matrikularantheile.

In dem Rechtsverhältniß kann der Umstand nichts hindern, daß von Oesterreich, so wie von anderen Staaten Vorschüsse zur einstweiligen Unterhaltung der Flotte seit Einführung der Bundes-Centralkommission gezahlt sind.

[Die schleswig-holsteinsche Angelegenheit] so weit sie sich auf die Erbfolge-Frage bezieht, hat in Folge der vielfach umgestalteten Verhältnisse bei den Großmächten insofern eine veränderte Anschauung hervorgerufen, als man zunächst den Versuch macht, eine Ordnung der Erbfolge im Familienschooße ohne besondere fremde Einwirknng herbeizuführen. Es sind Vorschläge gemacht, denen zu Folge der Herzog von Augustenburg so wie andere Agnaten durch bedeutende Geldsummen abgefunden werden sollen. Diese Versuche versprechen im Ganzen wenig Erfolg, namentlich wird der Herzog von Augustenburg schwer zu einem gänzlichen Verzicht zu bewegen sein. Die Krone Preußen ist es, die auch in allen diesen Verhandlungen streng auf die Festhaltung des Legitimitätsprinzips dringt. (C. B.)

Aus Holstein ist berichtet worden, daß der dänische Minister v. Reedtz an die beiden Kommissarien des Bundes gewiesen worden sei, um mit diesen über die Regulirung der schleswig-holsteinschen Frage weitere Verabredungen zu treffen. Es geht daraus hervor, daß die Bundesversammlung, wie auch von Frankfurt bestätigt wird, diese Frage noch nicht vor ihr Forum gezogen, vielmehr dieselbe in die Hände der Bundes-Kommissarien gelegt hat, selbst eine Berathung der Instruktionen für dieselben soll noch nicht stattgefunden haben. Gegen die vielfach ausgesprochene Ansicht, daß der Bundestag die Erledigung der schleswig-holsteinschen Frage schon jetzt übernehmen soll, haben sich dem Vernehmen nach unter Hinweis auf die verwickelte Lage der Sache Oesterreich und Preußen erklärt, worauf die Mittel- und Kleinstaaten den Vorschlag, die Verhandlungen auf weitere 6 Wochen in den Händen der Bundeskommissarien zu lassen, genehmigten, indem sie ausdrücklich die Entscheidung in letzter Instanz dem Bundestage vorbehielten. Bis dahin wird man, wie die „V. Z.“ mittheilt, Seitens der Mittel- und Kleinstaaten darauf bestehen, daß sämmtliche die schleswig-holsteinsche Angelegenheit betreffenden Aktenstücke dem Bundestage vorzulegen seien.

Der „W. Z.“ wird aus Frankfurt geschrieben: „Wiewohl Lord Palmerston im Allgemeinen die Politik Dänemarks in Bezug auf die Herzogthümer entschieden begünstigt, so soll doch gerade Er es gewesen sein, dessen Vorstellungen die Bevölkerung von Schleswig die Zurücknahme jenes denkwürdigen Patents wegen Begrüßung des Militärs zu verdanken hat. So vernehmen wir wenigstens von Personen, die vom Verlauf der Sache wohl unterrichtet sein können, und welche ihrer Behauptung die Versicherung hinzufügen, daß man in Kopenhagen durch Preußens Verwendung in dieser Angelegenheit sich nicht habe bestimmen lassen. Ob Oesterreich überall gegen jene Maßregel remonstrirt habe, ist der nämlichen Quelle zufolge sehr zweifelhaft, wie sie es denn andererseits auch für durchaus unbegründet erklärt, daß Lord Palmerston mit dem Berichte des Herrn Hodges über die dänische Willkürherrschaft in Schleswig seine Unzufriedenheit solle zu erkennen gegeben haben.

Berlin, 25. Juni. [Kreis- und Provinzialvertretung.] Zu der am 20. in Altenkirchen angesetzten Versammlung der vormaligen Kreisstände hatten sich nur drei Mitglieder eingefunden, von denen das eine Protest gegen die Wahl einlegte, während die anderen beiden sich der Wahl enthielten. — In Koblenz erschienen von 17 Kreisständen nur 11, von welchen 9 ihr Mandat für erloschen und sich für unberufen zu der ihnen angemutheten Wahlhandlung erklärten. Auch die anderen 2 Mitglieder enthielten sich der Wahl. — Auf dem in Demmin zusammengetretenen alten Kreistage waren 17 Rittergutsbesitzer und alle 6 Vertreter der Städte und Landgemeinden erschienen, welche über die erste Vorlage — Wahl der Kommission zur Einschätzung für die Einkommensteuer — einstimmig sich für kompetent, über die zweite — Beschlußnahme über Vermehrung der Vertreter der Städte und Landgemeinden in Bezug auf die Ministerial-Reskripte — mit allen gegen zwei (ein Rittergutsbesitzer und ein städtischer Vertreter) erklärten, daß eine solche Vermehrung nicht erforderlich erscheine. Die zu Düsseldorf erscheinende Rhein-Zeitung polemisirt gegen den Hrn. Handelsminister, weil er in Düsseldorf bei dem Kommerzienrath Hrn. Baum sein Absteigequartier genommen. Hr. Baum hat nämlich gegen den Ministerialerlaß protestirt und wesentlich dazu beigetragen, daß die Düsseldorfer Stände sich der Wahl enthalten haben. Nun findet es die Rh. Z. unpassend, daß „das Mitglied des Staatsministeriums als Gast in dem Hause des Kreistagsabgeordneten wohnt, der sich dem Staatsministerium gegenübergestellt.“

Berlin, 25. Juni. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Der königliche Hof ist mit seinen hohen Gästen, dem Großherzog und der Frau Großherzogin von Hessen, beschäftigt. Je mehr es an größern Festlichkeiten fehlt, desto inniger ist der Verkehr zwischen der königlichen Familie und den erlauchten Gästen, welche ihre Anwesenheit am hiesigen Hofe noch um einige Tage verlängern werden.

Nach einer gestern in Sanssouci eingetroffenen Nachricht ist in dem Befinden des Erzherzogs Ludwig eine erhebliche Besserung eingetreten, so daß die Besorgnisse geschwunden sind.

Se. Majestät der König kamen heute um 11 Uhr nach Bellevue, vernahmen dort den Vortrag des Minister-Präsidenten und kehrten um 2 Uhr nach Potsdam zurück.

Heute Mittag um 1 Uhr fand im Finanz-Ministerium eine Konferenz zwischen dem Herrn v. Manteuffel und Herrn v. Rabe statt. Letzterer wird dem Vernehmen nach am 1. Juli seine Badereise antreten; über seinen muthmaßlichen Nachfolger verlautet noch nichts.

Der diesseitige General-Consul in den Donau-Fürstenthümern, Herr v. Meusebach, hat seinen Freunden die Anzeige von seiner Verlobung mit einer Fürsten Ghika zugehen lassen.

Die Abreise des zum General-Consul für die mittelamerikanischen Staaten ernannten geheimen Finanzrath Hesse wird, wenn die Besserung im Gesundheitszustande seiner Gemahlin fortschreitet, im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Herr Hesse bereist noch zuvor Westfalen und die Rheinprovinz, begiebt sich aber von da, ohne hierher zurückzukehren, direkt auf seinen Posten. Vorläufig wird seine Familie in Deutschland zurückbleiben. (C. B.)

Der „Publicist“ bezeichnet außer dem Regierungs-Vice-Präsidenten v. Selchow auch noch den Regierungs-Präsidenten v. Manteuffel und den eben ernannten Ober-Regierungs-Rath Lüdemann als Kandidaten für das hiesige Polizei-Präsidium. Es ist aber an keiner Stelle daran gedacht worden, von dem ursprünglichen längst bekannten Plane abzugehen, nach welchem Herr v. Hinckeldey durch Herrn v. Selchow hier ersetzt werden soll, sobald die von Ersterem begonnenen Organisationen vollständig ins Leben getreten sein werden. (N. Pr. Z.)

[Zur Tages-Chronik.] Die Vorfälle in Höchst in Nassau, welche der nassauischen Regierung Veranlassung zu einer Gefangenhaltung preußischer Soldaten gegeben haben, haben Seitens der diesseitigen Regierung die Reklamirung der in Nassau

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 176 der Breslauer Zeitung.

Freitag, den 27. Juni 1851.

(Fortsetzung.)

verhafteten preußischen Soldaten zur Folge gehabt. Dem Vernehmen nach hätte die herzogliche Regierung dem Wunsche der diesseitigen nachzukommen verheißen.

Die von hiesigen und Hamburger Aktionären gebildete „Kolonisations-Gesellschaft für Mittelamerika", als deren Sitz Berlin bestimmt worden ist, sieht ihrer baldigen Bestätigung durch die Regierung entgegen. Die Gesellschaft wird sodann rüstig an's Werk gehen und in Kürze eine Deputation zur Erforschung günstiger Landesstrecken für die Kolonisation absenden. Wir vernehmen, daß der als Autorität in Kolonisations- und Auswanderungs-Angelegenheiten anzusehende Baron Alexander v. Bülow für diese Expedition gewonnen ist. — Auf die „Preußische Zeitung" sollen Bestellungen auf Höhe von 600 Exemplaren aus Rußland und Polen eingegangen sein. (C. B.)

Die um die Stadt führende Eisenbahn, welche den Anhaltischen, Potsdam-Magdeburger, Hamburger und Stettiner Bahnhof bereits verbindet, ist dem Verkehr übergeben. Die Fortschaffung der Waggons geschieht durch Pferdekraft.

General v. Wrangel hat in einem Tagesbefehl den Truppen angezeigt, daß während seiner Abwesenheit zur Inspektionsreise des 3. Armeekorps der General v. Prittwitz das Kommando in den Marken übernehmen wird.

Unter den hier angekommenen Fremden befindet sich auch der russische General v. Glasenapp und der dänische General-Major v. Scholten. (N. Z.)

Die zweite Medaille für Verdienste um Gewerbe und Handel hat der Besitzer der königl. Hofbuchdruckerei, Decker, erhalten. (M. C.)

Superintendent Büchsel soll Seitens des Konsistoriums mit einer Mission nach Schlesien, wegen der dortigen kirchlichen Wirren betraut worden sein. (N. Z.)

Gestern (Dienstag) Abend waren die meisten Mitglieder des Orchesters des Königsstädtischen Theaters, sowie des daselbst beschäftigten Arbeiter-Personals in einem Lokal in der Blumenstraße versammelt, um eine Petition behufs Erhaltung des Königsstädtischen Theaters an den Ministerpräsidenten Hrn. v. Manteuffel zu berathen. (C. Z.)

Den Bemühungen einiger Beamten der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn ist es geglückt, ein Institut ins Leben zu rufen, das bereits segensreiche Früchte gebracht hat und voraussichtlich deren noch viele bringen wird; es ist dies die „Sterbekasse für deutsche Eisenbahnbeamte", eine Art Lebensversicherungsanstalt, in welcher sich die Beamten und ihre Angehörigen mit einer beliebigen Summe einkaufen können, die nach erfolgtem Tode des Versicherten den Ueberlebenden ausgezahlt wird. Das Kuratorium der Kasse hielt am 30. März d. J. mit Hinzuziehung von Abgeordneten der verschiedenen betheiligten Bahnen eine Versammlung ab und hat in diesen Tagen einen Bericht über diese Konferenz sowie den Kassenabschluß vom 1. Januar bis ultimo März 1851 veröffentlicht. Wir entnehmen demselben Folgendes: Im genannten Zeitraum gehörten 20 Eisenbahnen dem Vereine an, die Berlin-Anhaltische, Anhalt-Köthen-Bernburger, Sächsisch-Böhmische Staatsbahn, Berlin-Potsdam-Magdeburger, Magdeburg-Wittenberger, Magdeburg-Leipziger, Magdeburg-Halberstädter, Herzoglich Braunschweigische, Köln-Mindener, Rheinische, Berlin-Hamburger, Berlin-Stettiner, Niederschlesisch-Märkische, Niederschlesische Zweigbahn, Sächsisch-Schlesische Staatsbahn, Löbau-Zittauer, Oberschlesische, Brieg-Neisser, Breslau-Schweidnitz-Freiburger und Friedrich-Wilhelms-Nordbahn; in neuester Zeit ist auch die Westfälische Staatsbahn hinzugetreten. Die Versicherungssumme sämmtlicher Bahnen betrug 214,900 Rtl., worunter die Berlin-Anhaltische mit 45,200 Rtl., die Gesammt-Einnahme 1812 Rtl. 23 Sgr. 6 Pf., die Gesammt-Ausgabe dagegen nur 1317 Rtl. 11 Sgr. 5 Pf., so daß sich ein Ueberschuß von 495 Rtl. 12 Sgr. 1 Pf. ergab. Mit Hinzurechnung des Bestandes nach dem Rechnungsabschlusse vom 25. Februar 1851 von 1448 Rtl. 11 Pf. blieb am 31. März überhaupt ein Bestand von 1943 Rtl. 13 Sgr. Während der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1851 wurden in Folge von 14 eingetretenen Todesfällen 1100 Rtl. Sterbegeld gezahlt. (U. Z.)

Königsberg, 23. Juni. [Die Festlichkeiten des Jubiläums] der hiesigen Schützengilde haben gestern Abends mit einem Balle geendet. Vorgestern Mittag erfolgte der Einzug der Gilde in die Stadt ganz in der Art, wie der Ausmarsch geschehen war. Die Freude des Festes der Gilde wurde durch einen Brief erhöht, welcher von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen am Sonnabend hier eintraf. Derselbe lautet also:

„Für die Mir zu Theil gewordene Einladung zur Feier des fünfhundertjährigen Bestehens der Schützengilde sage Ich dem Vorstande derselben Meinen herzlichen Dank und bedauere um so aufrichtiger, diesem Feste nicht beiwohnen zu können, als Ich mit Zuversicht voraussetzen kann, daß die Schützengilde auch diese Tage nicht vorübergehen lassen wird, ohne von ihren patriotischen Gesinnungen offenes Zeugniß abzulegen.

Berlin, den 15. Juni 1851. Prinz von Preußen."

Der vor längerer Zeit hier verhaftete ungarische Emissär, welcher fast ganz Europa bettelnd und vagabondirend durchzogen hat, ist, nachdem er hier eine 6wöchentliche Gefängnißstrafe wegen Bettelns verbüßt, nach Natibor transportirt, um dem dortigen Landrathsamte und dann den österreichischen Behörden übergeben zu werden. (Preuß. Ztg.)

Münster, 22. Juni. Der kommandirende General Graf von der Gröben hat statt des erbetenen Abschiedes von Sr. Majestät dem Könige einen sechsmonatlichen Nachurlaub erhalten. (Elberf. Z.)

Düsseldorf, 23. Juni. Die hiesige Polizei ist in Kenntniß gesetzt, daß Klapka im Begriff steht, Paris zu verlassen und eine Reise an den Rhein zu machen, und man darf annehmen, daß derselbe, wenn er hier erscheinen sollte, auf Hinternisse stoßen wird. Ein Inkognito ist nicht wohl möglich, da er von einem früheren Aufenthalte hier vielfach bekannt ist. — Vorgestern hat das hier garnisonirende Füsilierbataillon vom 17. Infanterieregiment den Jahrestag des blutigen Gefechtes von Waghäusel zur Zeit des badischen Aufstandes durch ein gemeinschaftliches Mahl festlich begangen. (Düss. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. Juni. [Der Bundestag] hält zwar fünf Sitzungen in der Woche, es wird in den Ausschüssen gearbeitet und im engern Rathe manche Frage verhandelt, aber die wichtigen Angelegenheiten, die im Schooße des Bundestags an der Tagesordnung sind, werden immer wieder vertagt bis zur Lösung der Differenzen der Kabinette von Wien und Berlin. Wer aus dieser Verzögerungspolitik den besten Nutzen zieht, ist natürlich Oesterreich. Dieses weiß hier und dort für sich einzunehmen, sendet rührige, geschickte Agenten, unterhandelt mündlich und schriftlich, knüpft Verbindungen, lockt die preußischen Unionsfreunde in sein Netz, kurzum Oesterreich weiß, was es will und was es thut. Ehe die großen Fragen, als der Eintritt Gesammtösterreichs und die Präsidialfrage, nicht entschieden sind, wird der Bundestag nichts thun. Was diese letztere Frage anlangt, so habe ich von einer österreichischen Note gehört, worin mit viel Gewandtheit auseinandergesetzt worden sein soll, daß der Vorsitz im Bundestage ja nur eine Formfrage sei und Preußen durch die Theilung des Präsidiums mit Oesterreich nichts gewänne, daß es also besser wäre, das Hergebrachte nicht zu ändern, da ihm daraus kein Vortheil und kein Nachtheil erwachsen könnte. Der Präsidialgesandte habe ja nur die Pflicht, zu thun, was der Bundestag ihm vorschreibe, nämlich die Aufträge und Beschlüsse desselben zu vollziehen.

In diesen Tagen habe ich Folgendes über die Absichten der preußischen Junkerpartei erfahren. Sie treibt Herrn v. Manteuffel den Abhang, woran er steht, jählings hinab, bis er stürzt und dann ein Ministerium von Junkern und Kreuzrittern de pure sang gebildet werden kann. Herr v. Manteuffel hat den ersten Schritt gethan, er muß weiter gehen, so kalkuliren die Ritter, er hat mit den andern Parteien der Reihe nach gebrochen, er hat nur uns noch zur Stütze, wir haben ihn in der Gewalt. Wenn die Oberpräsidenten, welche gegen die Kreisstände und Provinziallandtage protestirt haben und Opposition machen, nicht als reuige Sünder in den Pfad des Gehorsams zurücklenken, dann werden sie entlassen. Nun entsteht die Frage, wird Herr v. Manteuffel es auch mit der Bureaukratie verderben wollen? Man kennt die Zahl und die Macht des preußischen Beamtenthums, die Bureaukraten haben Verwandte, Freunde und Verbindungen in allen Volksklassen, und greift er diesen Stand an, dann könnte sich der preußische Premier die Finger verbrennen und die Zügel der Macht aus den Händen verlieren. Das wollen aber die Ritter, um dann keck durchzuführen, was Manteuffel begonnen hat.

Wir sind hier schon wieder so weit, daß, wenn ein Gesandter Besuche hier oder dort macht, wir unsere Wahrscheinlichkeitsrechnungen und politischen Kombinationen daran knüpfen. Lord Cowley, der Gesandte Englands beim Bundestage, hat sich schon wieder auf die Beine gemacht, und zwar um als Fürsprecher für die preußischen Forderungen bei den benachbarten Höfen aufzutreten. Die Ansprüche Oesterreichs bringen sogar den kalten Engländer aus seiner phlegmatischen Ruhe. Man kennt ja übrigens das Verhältniß Lord Palmerstons zum Fürsten Schwarzenberg; beide Herren geben einander viel Abneigung zu erkennen und ihre Politik liegt sich in den Haaren. In Italien will die eine wie die andere Macht ihren Einfluß nicht aufgeben; Oesterreich verzeiht es Lord Palmersten nicht, daß er durch einen Handelstraktat mit Sardinien auch einen engern politischen Bund mit diesem Lande geknüpft hat. (D. A. Z.)

C. B. Die Wallfahrten von Frankfurt nach Johannisberg dauern fort, und wenn die staatsmännische Wirksamkeit des Fürsten Metternich einer Anerkennung bedürfte, so würde sie in der Sucht zu finden sein, mit welcher jüngere Staatsmänner, welche früher des Systems Metternichs spotteten oder es liberalisirend abscheulich fanden, sich in die Privatkreise des vom politischen Schauplatz Zurückgetretenen drängen. — Der Fürst, welcher sich der besten Gesundheit und der regsten Theilnahme an allen Begebenheiten von Wichtigkeit erfreut, hält, fern von den Geschäften, mit seinem Urtheile nicht so zurück als früher. Um deshalb mag Johannisberg für Viele eine gute Schule sein. Ueber die Ausgleichung der Differenzen zwischen Preußen und Oesterreich spricht sich der Fürst mit offener Freude aus, in der Rückkehr zum Bundestage findet er die Erfüllung einer Nothwendigkeit. Diese Rückkehr allein werde im Stande sein, auswärtige Einflüsse fern zu halten, und selbst die freiheitlichere Gestaltung der Staatsverfassungen könne nur bei einer Bundesform möglich werden, welche nicht im höchsten Maße centralisire, und der Eifersucht Preußens und Oesterreichs Schranken setze. — Der preußische Bundesgesandte Herr v. Rochow ist ein nicht seltener Gast in Johannisberg. Von Mainz aus hat General v. Schack kürzlich seine Aufwartung gemacht.

Frankfurt a. M., 23. Juni. [Der Bundestag.] In der am verflossenen Sonnabend abgehaltenen Bundestags-Sitzung war die deutsche Flotten-Angelegenheit, wie schon erwähnt, auf der Tagesordnung. Es wurde nach ausführlichem Vortrage des Referenten des Marine-Ausschusses, Herrn v. Scheele, nach Umfrage der Beschluß gefaßt, behufs Regulirung dieser Angelegenheit binnen vierzehntägiger Frist Instruktionen der resp. Regierungen einzuholen. — In der heutigen Ausschuß-Sitzung des hohen Bundestages waren zugegen die Herren Graf v. Thun, Baron v. Rochow, v. Xylander, v. Nostitz, v. Münch, v. Scheele und v. Eisendecher.

Viel Indignation hat es in allen Kreisen erregt, daß man neulich, als preußische Soldaten in Höchst dort mit Civilisten in Streit geriethen, statt die Soldaten nach Frankfurt an die rechtmäßige Militärbehörde abzuliefern, dieselben arretirte und bei Wasser und Brot einsteckte. Wie wir vernehmen, hat die königl. preußische Regierung Genugthuung von der nassauischen Regierung verlangt und wird die Sache mit allem Ernst verfolgen.

Heute wurde abermals eine Zigeunerhorde von 20 Köpfen im hiesigen Stadtwalde, wo sie um ein Feuer gelagert war, aufgegriffen und über die Grenze gebracht. Sie führten Pässe der französischen Republik und gaben vor, aus Algier zu sein. — Eine Gaunerbande von 40 Mann wurde heute von der Polizei verhaftet, die seit längerer Zeit Frankfurt und die Umgegend unsicher machten. (Pr. Z.)

[Die Veröffentlichung der Protokolle.] Vor Allem will ich Ihnen melden, daß Oesterreich in der 12. Sitzung der Bundesversammlung den Antrag gestellt, einen Ausschuß zu ernennen, welcher zu prüfen und zu berichten habe, in wie weit in Zukunft die Protokolle der Bundesversammlung zu veröffentlichen seien. Dieser Ausschuß wird in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung gewählt werden. Was die Thätigkeit des Marine-Ausschusses betrifft, so dürfte dieselbe in nächster Zeit eine Hemmung erfahren, da bei den resp. Höfen neue Instruktionen eingeholt werden müssen. Der Ausschuß findet es nämlich nothwendig, daß, nachdem

mit Ende Juni d. J. die Geldbewilligungen zur Erhaltung der Marine zu Ende gehen, eine weitere Matrikular-Umlage von 538,000 Fl. ausgeschrieben werde, welche Summe hinreichend sei, die deutsche Flotte bis Ende Dezember 1851 zu erhalten, während welcher Zeit das Schicksal derselben entschieden sein müsse. Dagegen gab der königlich preußische Gesandte die Erklärung ab: Preußen habe seine erste Rate der Matrikular-Umlage des Jahres 1848 von 6 Millionen Thaler gänzlich entrichtet mit 1,580,686 Fl. 50 Kr., auf die zweite Rate baar 39,709 Fl. 50 Kr., somit zusammen 1,620,396 Fl. 40 Kr. eingezahlt. Was an dem Betrage der zweiten Rate fehle, habe Preußen zur Anschaffung einer Flotte in der Ostsee verwendet und eine gleiche Summe im Bundeskriege gegen Dänemark, zur Armirung seiner Schiffe und zur Vertheidigung der Ostseeküste, aufgewendet. Es sei deshalb der Gesandte schon jetzt angewiesen, zu erklären, daß Preußen im Falle einer neuen Matrikular-Umlage zur Erhaltung der Flotte nichts dazu beitragen werde, vielmehr zur Bestreitung dieser Kosten, die von einigen Bundesgliedern noch nicht eingegangenen Rückstände verwendet werden müßten. Schließlich will ich noch bemerken, daß die Bundes-Militär-Kommission zwar in Thätigkeit, interimistisch auch der k. k. Feldmarschall v. Schmerling an deren Spitze getreten, dieselbe indessen zunächst mit ihrer Reorganisation beschäftigt ist. — Baron von Nell und Oberstlieutenant Rzikowsky sind noch bei der Ordnung der Ueberlieferung der Geschäfte der provisorischen Bundescentralkommission beschäftigt. Baron Brenner ist Protokollführer der Bundesversammlung. (Köln. Z.)

[Berichtigung.] Die Zeitungsnachrichten über angebliche Differenzen zwischen der Regierung des Kurfürstenthums Hessen und der Bundesversammlung sind so unbegründet, wie die von einer ausführlichen Denkschrift, die hierher gelangt sei, worin die kurhessische Regierung eine Schilderung der hessischen Zustände und über ihre Absichten für deren Regelung Aufschluß gebe. Man weiß von einer solchen Denkschrift, die hier eingegangen wäre, nichts. Somit zerfielen auch alle Nachrichten über die Aufnahme, die sie hier gefunden hätte, in sich selbst. Von einem die Aufstellung eines Truppencorps betreffenden Beschlusse der Bundesversammlung verlautet bis jetzt auch noch nicht das Mindeste. — Die Regelung der Beamtenfrage wird von dem Siebener-Ausschusse auf das Eifrigste betrieben. (D. J.)

München, 23. Juni. [Fürst Wrede] hat in diesen Tagen dem zu Nürnberg erscheinenden „Korrespondenten" eine Erklärung gegen die in diesem Blatte enthaltenen Behauptungen, daß er bei einem Juden M. Feigel Schutz und Versteck gesucht habe, eingesandt, in welcher er alle Angaben eine „schamlos frech ersonnene Lüge" nennt, und die gerichtliche Belangung des Verfassers verkündigt.

Kassel, 23. Juni. [Umänderung der Verfassung.] Verschiedene Anzeichen lassen schließen, daß der Plan Hassenpflugs, die bestehenden Verfassungsgesetze umzustoßen, der Ausführung nahe ist. Die Umgestaltung der Volksvertretung wird unter dem Schutze des Kriegszustandes erfolgen, indem Hassenpflug desselben zugleich bedürftig ist, um sich eine seinen Wünschen gefügige Versammlung zu schaffen. Das Prinzip, wonach die neue Volksvertretung gebildet werden soll, ist zwar noch nicht bekannt, doch kann man die Elemente derselben daraus folgern, daß die Regierung eine Art Statistik des Grundbesitzes der Landbevölkerung aufstellen läßt. — Die „Kasseler Ztg." widerspricht heute der Mittheilung, daß Oberst-Lieut. v. Kochenhausen als kurhess. Bevollmächtigter zur Bundes-Militär-Kommission in Frankfurt ernannt und daselbst bereits eingetreten sei. Es habe eine Ernennung bis jetzt nicht stattgefunden, da der königl. sächsische Militär-Bevollmächtigte in diesem Jahre die Stimme des 9. Bundes-Armeekorps, zu welchem Kurhessen gehört, führt. (N. Z.)

Hannover, 23. Juni. [Kammer-Verhandlungen.] Heute berieth die erste Kammer über den Gesetz-Entwurf, die Gehalte der Verwaltungsbeamten und Amtsrichter betreffend. Es erhob sich eine lebhafte Debatte über die Höhe der Mehr-Ausgabe, die durch dieses Gesetz erwächst. Der Minister v. Hammerstein erklärte, daß die ganze Reorganisation 1,005,000 Rthlr. erfordere, und daß sich der jetzige Bedarf auf 653,700 Rthlr. belaufe. Der Mehrbetrag werde durch die bedeutenden Ueberschüsse aus dem letzten Jahre gedeckt, und für die Zukunft sollten die indirekten Steuern erhöht werden, wie es in der vorigen Diät beschlossen sei. Der Gesetz-Entwurf fand in seinen ersten Theilen fast durchgängig die Genehmigung der Kammern. — In der zweiten Kammer wurde am Sonnabend das Regierungsschreiben über Bequartierung der Kavallerie und reitenden Artillerie an eine Kommission gewiesen. Heute beschloß die Kammer in zweiter Berathung über den Antrag Bueren's, Emden zum Freihafen zu erklären: „Die Stände empfehlen der Regierung den dringenden Wunsch der Stadt Emden, einen Freihafen zu erlangen, zur Berücksichtigung."

24. Juni. In der ersten Kammer ward der Antrag der Konferenz, hinsichtlich der Ministergehalte den Beschluß der zweiten Kammer anzunehmen, d. h. es bei 4000 Thalern als genügend zu belassen, gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Blätter beschäftigen sich mit der Stüveschen Denkschrift über die Organisationen, die in den Kammerdebatten vielfach in Erwähnung kamen.

Die in neuester Zeit von den verschiedensten Seiten auftauchenden Gerüchte, wonach die Hoffnung für die Erhaltung der deutschen Flotte bereits sichern Boden gewonnen habe, erhalten durch die Thatsache eine größere Konsistenz, daß die Marine-Administration eifrigst bemüht ist, ihr Verwaltungswesen zu reguliren und die nöthigen Verwaltungs- und Rechnungsbeamten definitiv zu ernennen. Um diese Regulirung in thunlichster Bälde zu bewerkstelligen, hat sich die Marine-Administration vor etwa 8 Tagen an das hiesige Ministerium des Aeußern mit der Bitte gewandt, dieselbe mit fähigen Rechnungsbeamten aus der Reihe der hannoverschen Staatsdiener zu unterstützen. Es ist diesem Wunsche mit der größten Bereitwilligkeit von der hiesigen Regierung in einer Weise entsprochen worden, die auf einen dauernden Uebertritt der in Vorschlag gebrachten Offizianten in den Dienst der Marine mit Sicherheit schließen läßt. (Weser-Z.)

Hamburg, 24. Juni. Die hier in St. Pauli und Altona liegenden österr. Truppen hatten heute eine große Parade auf der Sternschanze vor den Generalen Legeditsch und Parrot. Daß Letzterer schon heute das Kommando über die österr. Truppen übernommen hat, wie die „Freie Presse" berichtet, bestätigt sich nicht, wohl dürfte dies aber nächstens geschehen. Herr v. Legeditsch, heißt es, wird auf einige Wochen in ein Bad gehen. Mit dem Wechsel des Kommando's wird auch das Zurückziehen der österreichischen Truppen aus St. Pauli in Verbindung gebracht, und ist bereits der Befehl zur Rückkehr einer halben österreichischen Batterie nach ihrem früheren Cantonnement Eidelstedt gegeben. Morgen wird der Rückmarsch angetreten.

Zufolge der „Flensburger Zeitung" ist der Kammerherr v. Reedtz gestern Vormittag von Kiel in Flensburg angekommen.

Flensburg, 23. Juni. [Die Versammlung der Notabeln und deren Verhandlungen] sind seit Einberufung der Versammlung sowohl in deutschen wie in dänischen Blättern Gegenstand mehrfacher Veröffentlichungen geworden. Seit der Eröffnungs-Sitzung ist bis zum Eintritt der Pfingstferien der Regierungs-Entwurf durchberathen worden, und hat man sodann ein Comité von 7 Mitgliedern ernannt, damit dasselbe auf Grund dieser Vorberathung eine Zusammenstellung ausarbeite, die dann der weiteren Verhandlung zur Basis dienen soll. Das Comité ist zusammengesetzt aus zwei Holsteinern, drei Schleswigern und zwei Dänen. Die Arbeiten dieses Comité scheinen noch immer nicht beendet zu sein. In der vorletzten Sitzung vor Pfingsten gaben die holsteinschen Notabeln eine Erklärung dahin ab, daß ihres Dafürhaltens der von der Regierung vorgelegte Plan zur Ordnung der Verhältnisse der Monarchie nicht zu wahrem Frieden, zu wahrer Einigung und Versöhnung führen könne; sie behielten ihrerseits sich vor, schließlich mit den von ihnen zu diesem Behuf für angemessen erachteten Vorschlägen hervorzutreten. Die übrigen Mitglieder der Versammlung gaben die Gegenerklärung, daß sie ebenfalls mit dem Regierungsprojekt keineswegs übereinstimmen könnten, daß sie indeß grade um der Versöhnung willen von ihren weiter gehenden Forderungen abstehen wollten. Es klingt das allerdings sehr „versöhnlich"; es ist indeß bekannt, wie der Regierungsentwurf im Grunde doch nichts anderes als die vollständige Inkorporation Schleswigs enthält, und es liegt somit auch hierin lediglich eins der üblichen dänischen Manöver wiederum vor. Aus jener Erklärung und Gegenerklärung ist das Zeitungsgerücht von Protesten und Gegenprotesten entstanden. Die Verhandlungen der Versammlung, in denen der königl. Commissar bald deutsch bald dänisch redet, während mehre schleswigsche Notabeln, wie z. B. Paulsen und Manikus, etwas darin suchen, nur dänisch zu reden, gehen im Ganzen ihren ruhigen und gemessenen Gang in eben nicht zu oft sich wiederholenden Sitzungen. Nur einmal versuchte einer der Schleswiger von der „holsteinischen Revolution" zu reden; es wurde dies indeß sofort in der gebührenden Weise zurückgewiesen und ist dergleichen nicht wieder vorgekommen. Die holsteinischen Notabeln stehen natürlicher Weise bei der Zusammensetzung der Versammlung den Uebrigen und namentlich den auch von den Dänen nicht besonders angesehenen Schleswigern fern und fremd gegenüber, und kommen nur in geschäftliche Berührung mit ihnen sowie mit dem landesherlichen Commissar. Mit dem Herrn v. Tillisch haben sie natürlicher Weise nichts zu schaffen. Die Regierung hat der Versammlung zu dem Zwecke Diskretion anempfohlen, damit durch deren Verhandlungen nicht von Neuem Unruhe in die Gemüther gebracht würde, und wohl auch mit Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der holsteinischen Notabeln. Das Resultat der Versammlung wird ohne Zweifel darin bestehen, daß im Namen der Herzogthümer die Notabeln Holsteins ganz entschiedene Verwahrung einlegen gegen jede Schmälerung der schleswig-holsteinischen Landesgerechtsame. Diese Verwahrung wird wohl ihren Ausdruck finden in einem Minoritäts-Votum, durch das muthmaßlich die Akten des reaktivirten Bundestags einen vielleicht nicht ganz erwünschten Zuwachs erlangen.

[Unsere Zustände] sind im Wesentlichen noch immer unverändert. Es liegt in unserer Gegend an Militär: in Cappeln 80 Mann, in Arnis 50 Mann und in Schwanzen ungefähr 1 Bataillon Jäger, welches aber öfter plötzlich umquartirt wird. Das Benehmen der Truppen ist an den verschiedenen Orten sehr verschieden. In den Kirchspielen Norderbrarup und Sterup klagt man über häufige Uebergriffe, die das Militär sich erlaube. Oefters fallen hier noch Haussuchungen nach Flinten und sonstigen Waffen vor; wenn hin und wieder ein solcher Gegenstand gefunden wird, so wird dies mit 8 bis 14tägiger Gefängnißstrafe bei Wasser und Brodt bestraft. Die Edikte wegen des Hutabnehmens haben hier großen Haß erregt und an manchen Stellen zu Reibungen Anlaß gegeben. In mehreren Wirthshäusern sind die Plakate wieder weggenommen, doch weiß man immer noch nicht, woran man in dieser Beziehung ist, und tauchen fortwährend diese Anmaßungen wieder auf. Die kirchlichen Zustände sind sehr betrübend. (Hamb. Nachr.)

Kopenhagen, 23. Juni. Die Kjöbenhavnspost bringt über die diplomatischen Unterhandlungen folgenden Artikel: „Der Minister v. Reedtz kam Donnerstag in Berlin an und wird vermuthlich über Kiel und Flensburg am Dienstag hier anlangen. Man darf wohl annehmen, daß er wenigstens hinsichtlich der Ordnung der gegenwärtigen äußern Verhältnisse ein Resultat mitbringen wird, welches für ein wirkliches Ultimatum von Seiten der Höfe, an die er gesandt war, angesehen werden kann, sowie er denn auch vermuthlich der Ueberbringer eines solchen Ultimatums von Seiten des dänischen Kabinets war. Daß es möglich sei, diese Erklärungen miteinander in Harmonie zu bringen, so daß die Selbstständigkeit und die Integrität der dänischen Monarchie dadurch befestigt wird, hofft gewiß Jeder, der die Erhaltung des Friedens und eine endliche friedliche Ordnung der innern Verhältnisse der verschiedenen Staatstheile wünscht. Die östlichen Mächte haben kein geringeres Interesse, dabei als Dänemark, hier im Norden den Frieden gesichert zu sehen, und daß dies dadurch geschehen kann, daß man allen denjenigen, welche das dänische Reich trennen und theilen wollen, die Mittel dazu nimmt, wird auch wohl für Jeden einleuchtend werden, der in Folge seiner Stellung auf die Erreichung der gewünschten Uebereinstimmung unter den Kabinetten Einfluß ausüben möchte."

Middagsposten berichtet, daß in dem ersten Kataloge der Londoner Ausstellung der Staat „Schleswig-Holstein" mit aufgeführt gewesen sei. Hiergegen habe die dänische Regierung aber sogleich Protest einlegen lassen und dieser Protest sei beachtet worden, so daß die neue Ausgabe dieses Katalogs „nur wirklich anerkannte und existirende Staaten," also kein Schleswig-Holstein mehr enthalte. Die schleswig-holsteinischen Fabrikate wären demgemäß auch unter die Aufsicht des dänischen Repräsentanten, Hrn. Westenholtz, gestellt.

Oesterreich.

8 **Wien,** 24. Juni. [Militär und Finanzen. — Die Theißregulirung.] Der Fürst Schwarzenberg hat sich in einer der letzten Ministerrathssitzungen mit großer Entschiedenheit den Angriffen des Baron Krauß auf die Höhe des Militärbudgets entgegengeworfen, da Baron Csorich nicht die Gabe und das Ansehen zu haben scheint, demselben mit Nachdruck zu begegnen; vielleicht mag derselbe auch erwägen, daß er nur Verwaltungsbeamter sei und für die Entschlüsse der Central-Militär-Kanzlei nicht gut zu stehen brauche. Der Ministerpräsident erwiderte den Bemerkungen des Finanzministers über die Unnothwendigkeit des gegenwärtigen hohen Standes der Armee, sowie über die Unfruchtbarkeit der hierauf verwendeten Millionen, daß die ganze Thätigkeit des Finanzministeriums durch die Existenz eben dieser stets bekrit-

telten Armee bedingt sei und die Erfolge jenes Ministeriums in der wachsenden Steuerkraft des Landes lediglich als die Früchte des als unproduktiv angefeindeten Heeres zu betrachten wären, denn Baron Krauß möge es nur eine Woche lang versuchen, ohne Hilfe dieses Heeres zu amtiren, und er werde bald zu der Einsicht gelangen, daß ohne dasselbe allen Finanzbehörden im Nu ihr Handwerk gelegt würde. Wir mögen die Triftigkeit dieses Ausspruchs nicht weiter untersuchen, allein so viel ist dabei ziemlich klar, daß durch diese Aeußerung aus dem Munde des Ministerpräsidenten die Militärherrschaft ganz unumwunden proklamirt worden. — Die Theißregulirungsfrage bildet so zu sagen eine der brennendsten der inneren Politik und Hr. v. Baumgartner hat sich derselben mit einer Energie bemächtigt, die sonst nicht in dem österreichischen Phlegma dieses Staatsmannes zu liegen scheint. Dies läßt auf einen fremden Impuls schließen, der auch wirklich vorhanden ist und zwar gerade in jener Sphäre, welche in unserer Zeit die einflußreichste geworden, nämlich in der Militärregion. Wie sehr auch die Betrachtung ins Gewicht fallen mag, durch Entsumpfung des breiten Landstriches, welcher das Thalbecken der Theiß bildet, dem Feldbau Millionen Joch des fruchtbarsten Bodens zu gewinnen und durch zahlreiche deutsche Ansiedelungen im Herzen des Magyarenlandes die zähe Kraft dieses tapfern Urstammes zu brechen, wie sehr auch die Entwickelung des Verkehrs durch eine regelmäßige, durch raschere Gefälle begünstigte Schifffahrt auf dem mächtigsten Nebenfluß der Donau just im Handelsministerium vollste Aufmerksamkeit finden muß, wie nicht minder die für die Populationsstatistik höchst wichtigen Folgen der Beseitigung des verderblichen Einflusses der Sumpffieber in jenen Gegenden, der Schwerpunkt jenes eifrigen Bestrebens die Regulirung der Theiß rasch und im umfassendsten Maaßstabe ans Ziel zu fördern, bleibt doch immer in der Central-Militär-Kanzlei zu suchen, wo der Scharfblick des Feldzeugmeisters Baron Heß auf die strategische Wichtigkeit der Theißgegenden mit Nachdruck hingewiesen hat. Es ist ein leuchtender Beweis von der Genialität Görgeys, daß er die strategische Bedeutung der Theiß für Ungarn alsogleich erkannte und Kossuth zu dem bekannten Rückzug in das tiefe Moorland bewog, dem man allein die späteren Siege zu verdanken hatte. Mit den weiten Sumpfgründen des Flußbettes in der Front, wo nur sechs Punkte zum Uebergange für Geschütz und Kavallerie geeignet sind, nämlich bei Szolnok, Szegedin, Tissa-Füred, Becse, Csongrad und Szelly, mit den Waffenplätzen Debrezin und Großwardein in leichter Verbindung mit Oberungarn und Siebenbürgen, das nur wenige Pässe nach der Buckowina und Wallachei besitzt, bildet der ungeheuere, fruchtbare Landstrich mit seiner wilden, kriegerischen und enthusiastischen Bevölkerung eine unbezwingliche Burg für jede nationale Erhebung, die durch große Heeresmassen zwar besiegt, aber nicht bezwungen werden kann, weshalb man sich beeilen möchte, diese Burg zu demoliren und deren zerstörte Wälle so bald als möglich der emsigen Pflugschar zu überlassen, die hier mehr vermag, als das Schwert.

L. N. **Wien**, 25. Juni. [Tagesbericht.] Die Erkrankung des Erzherzogs Ludwig, jüngstem Bruder Sr. Maj. des Kaisers, erfolgte durch einen Sturz vom Pferde. Man ist im Publikum noch nicht darüber beruhigt, obgleich die Vorbereitungen zu des Kaisers Reise und der von S. M. aus Krakau zu unternehmende Ausflug in die Karpathen, die Unbedenklichkeit des Vorfalls herausstellen. — Es stellt sich nun mit Bestimmtheit heraus, daß der Kaiser auch die Bukowina besuchen werde. Der in Czernowitz kommandirende F.-M.-L. Ulrich v. Weichsthal erhielt eine telegraphische Depesche, wonach die Ankunft des Kaisers am 6. oder 7. Juli in Czernowitz zu gewärtigen wäre. Es hat auch den Anschein, als ob S. M. bis nach Nowosielka an der russisch-türkischen Grenze kommen würde. Wenigstens wurde streng aufgetragen, die Straße dahin herzustellen. Der bekannte, seit längerer Zeit eingezogene Kobylica, ist nun endlich für unschuldig erklärt und freigelassen worden, wobei er sich geäußert haben soll, er werde viel mit dem Kaiser, wie nur derselbe ankommen werde, zu sprechen haben. Man freut sich sehr auf des Kaisers Ankunft. — Man spricht von einer veränderten Organisation des Unterrichts- und Kultusministeriums. Hiernach würden die beiderseitigen Attributionen gesondert werden: jene des Unterrichts dem Ministeriums des Innern zufallen, und das Kultusministerium für sich allein bestehen. Das letztere sollte einem Großwürdeträger aus dem geistlichen Stande zugedacht sein. Es ist kaum nöthig hinzu zufügen, daß dieses Gerücht sehr der Bestätigung bedarf. — Der General des Franziskanerordens hat dem Unterrichtsministerium den Antrag gemacht, die Franziskaner bei dem öffentlichen Unterrichte zu verwenden. — Aussprüche, die von den Geschwornengerichten, namentlich aber jetzt zu Prag und Innsbruck gefällt wurden, haben der in manchen Kreisen vorwaltenden Abneigung gegen dieses Institut bedeutende Nahrung zugeführt. Es erhält sich dadurch die Meinung, daß die Einführung derselben in Ungarn und Galizien vorerst von der Hand gewiesen wird, außerdem aber es nicht in dem Bereich der Unmöglichkeit liege, auch da, wo die Einführung bereits erfolgte, eine Suspension eintreten zu lassen, und nur die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen beizubehalten. Rücksichtlich Ungarns berichtete der Magyar Hirlap bereits, daß man entschlossen sei, diesen Weg einzuschlagen.

△ **Von der galizischen Grenze**, im Juni. [Die Ansprüche Krakaus an Rußland. — Die Judentumulte im Tarnower Kreise und der Prophet Piecuch.] Gegenwärtig giebt man sich Mühe, die Geldansprüche, welche der Freistaat Krakau auf Basis der Wiener Kongreßakte von 1815 an Rußland zu stellen hatte, aber nie zur Geltung bringen konnte, aus dem Staube der Archive hervorzusuchen, weil durch die 1846 erfolgte Einverleibung Krakaus diese Rechtsansprüche an Oesterreich übergegangen sind. Diese Forderung stützt sich auf einen Paragraph der Kongreßakte, worin der Universität und sämmtlichen Humanitätsanstalten von Krakau eine vollständige Entschädigung für die zahlreichen in Galizien und Russisch-Polen gelegenen Besitzungen und Ländereien garantirt wird, welche sie seit Alters her dort besessen, nur die Ausmittelung dieses Grundeigenthums war bei der Verwahrlosung und Verschleppung der polnischen Archive mit großen Schwierigkeiten verknüpft und blos durch Beihilfe der k. k. Hofbuchhaltungs-Registratur war es möglich, einen entsprechenden Nachweis darüber zu liefern. Nachdem 1818 zwischen Rußland und Oesterreich hierüber ein Vergleich abgeschlossen worden, bezahlte letzteres an ersteres eine Entschädigungspauschale per 3,996,000 Fl., wofür Rußland die Verpflichtung übernahm, sich mit dem Freistaat Krakau ins Reine zu setzen und Oesterreich fortan jeder Verbindlichkeit ledig blieb. Zwischen dem Senat der Republik und der russischen Regierung fanden hierauf langjährige Verhandlungen statt, wobei die Forderung Krakaus im Prinzip zwar anerkannt wurde, jedoch in Betreff des Quantums Meinungsdifferenzen Platz griffen, da Rußland den Ausweis der Wiener Hofbuchhaltung als unrichtig zurückwies. Seit dem Jahre 1844 kam die Sache vollends ins Stocken und somit wäre es nunmehr die Aufgabe Oesterreichs, die Rückzahlung der größeren Hälfte jener Schadloshaltungssumme in Petersburg mit Nachdruck zu betreiben, allein wie man vernimmt, soll sich Rußland im Jahre 1846 bei der Einverleibung Krakaus in den österreichischen Kaiserstaat die Tilgung dieser verjährten Ansprüche der Republik gleichsam als Kaufpreis der österreichischen Territorialvergrößerung insgeheim ausbedungen haben, und wenn auch diese Angabe nicht stichhaltig sein sollte, so läßt sich doch erwarten, daß bei der bekannten Stellung Oesterreichs zu Rußland das Wiener Kabinet kein ungestümer Mahner sein werde und folglich diese Summe verloren gehen dürfte, falls nicht ein künftiger Reichstag sich veranlaßt fühlen sollte, die Angelegenheit vor sein Forum zu bringen. — Die Judentumulte im Tarnower Kreise scheinen mit der Wirksamkeit des nunmehr verhafteten Propheten Piecuch zusammenzuhängen, der wie es scheint seine gläubigen Schaaren zuerst im religiös-politischen Kampfe gegen das Judenthum für weitere Heldenthaten zu stählen suchte. In Piecuch und seinen Anhängern hat sich der kommunistisch-mystische Geist, der seit langeher in einem abergläubischen, verwahrlosten und durch soziale Wirren durchwühlten Volke sich vorfinden mußte, zur plastischen Erscheinung verkörpert und die Regierung mochte selbst durch diese plötzliche Erscheinung im galizischen Volksleben nicht wenig betroffen sein, denn Piecuch unterscheidet sich gewaltig von dem Bauernanführer Szela im Jahre 1846 und dem Bauernkönig Kobolyca im Jahre 1849. Während in Szela noch die dem Thron ergebene Volkskraft eine Art von Rural-Jaquerie gegen einen aufrührerischen Adel eröffnet und das demokratische Element der Bewegung durch den Mantel des Royalismus verhüllt wird, tritt bei Kobolyca bereits die demokratische Opposition direkt gegen die Regierung selbst auf, doch zu einer rein politischen Richtung fehlt es den galizischen Bauern noch sehr am Begriffsvermögen, weshalb Kobolyca leicht scheitern mußte. Weit intensiver und gefährlicher dagegen kommt die demokratische Idee in der mystisch-kommunistischen Partei des Piecuch zum Vorschein, der unter der Hülle des Propheten die politische Idee einschmuggelt und dessen gesammte Richtung dem Charakter und der geistigen Natur des polnischen Landvolks weit näher liegt, weil der Messianismus gewissermaßen die populärste Form der politischen Theorie ist.

[Der sogenannte Bauernprophet Piecuch] im Tarnower Kreise Galiziens wurde, wie schon mehrere Blätter meldeten, aus Anlaß der gegen ihn eingelaufenen Beschwerden, von der Tarnower Militärbehörde eingezogen. Dem „Czas" zufolge ist jedoch derselbe, da die gepflogene Untersuchung nichts gegen ihn erweisen konnte, vor einigen Tagen als schuldlos auf freien Fuß gesetzt worden. Weiter meldet der „Czas", daß Bauern bewaffnet in der Gegend der Niewiarowski'schen Güter sich zusammenrotteten und verlangten, daß sich ihnen die übrigen Gemeinden anschließen sollen. Der Ortsmandatar hat mit Hilfe einiger Gendarmen 15 bis 20 der Aufständischen arretirt und dem Kreisgerichte übergeben. Die übrigen Bauernhaufen haben jedoch, bevor die kommandirte Militärabtheilung zur Stelle kam, sich gänzlich zerstreut. (O. C.)

Frankreich.

** **Paris**, 23. Juni. [Die Legislative gesteht dem Antrage Chapots die zweite Lesung zu. — Das Ergebniß der Petitionen. — Eine Erklärung Berryers.] In der Legislative kam heute der Chapotsche Antrag zur Debatte. Derselbe verlangt Beglaubigung der Unterschriften aller Petitionen, oder Beglaubigung mindestens einer Unterschrift, welche sodann für die übrigen bürgen müßte.

Die Debatte war ziemlich frostig; nur Hr. v. Girardin brachte einiges Leben hinein, indem er den ironischen Antrag stellte, man solle das Petitionsrecht ganz unterdrücken, da es nur Gefahren herbeiziehe. Dabei erörterte er, wie das Petitionsrecht von den Präfekten und Unterpräfekten begünstigt werde, wenn es sich darum handle, die Verfassung anzugreifen, wogegen man es chikanire, wenn es zu dem Zweck ausgeübt wird, die Volkssouveränetät aufrecht zu erhalten.

Zum Beweise berief er sich auf das Verhalten des Präfekten der Nieder-Alpen und zog eine Parallele zwischen der Erklärung des Präsidenten der Republik in der Botschaft vom 12. November (worin er bekennt, daß alle Welt, nur nicht er selbst, die Revision verlangen könne) und den allen Beamten eingehändigten Befehlen, wodurch sie angewiesen werden, alle Mittel anzuwenden, wodurch eine schleunige Abänderung des Staatsgrundgesetzes herbeigeführt werden könnte.

Schließlich stimmte die Versammlung, freilich mit sehr schwacher Majorität, für die zweite Lesung des Chapotschen Antrages.

Die Revisions-Unter-Kommission beschäftigte sich heut mit Prüfung der eingegangenen Petitionen. Hr. Baze eröffnete, daß die Summe der Unterschriften für 50 Departements nicht über 450,000 hinausginge; so daß das Gesammt-Resultat die Ziffer von 750,000 nicht übersteigen würde.

Das Evenement giebt folgende Uebersicht und Klassifizirung der eingelaufenen und bis jetzt durchgesehenen Petitionen aus 50 Departements: Die Totalsumme der Unterschriften beträgt 450,605. Einfach für die Revision petitionirten 256,661, für die Revision und Prorogation der Präsidial-Gewalt 184,431; für die Prorogation allein 10,160. Von dieser Ziffer abgerechnet die Unterkreuzungen und Adhäsionen im Belaufe von 56,228, bleiben giltige Unterschriften 391,427.

Eine legitimistische Korrespondenz protestirt im Namen Berryers gegen die Voraussetzung, daß der berühmte Redner diejenige Fraktion seiner Partei, welche zu seiner Fahne schwört, zu einer Erklärung zu Gunsten der Prorogation verleiten wolle. Indeß legen wir auf diese Erklärung, wie bestimmt sie auch sich ausspricht, kein allzu großes Gewicht.

Wir glauben nicht, daß dies das letzte Wort Berryers und der gemäßigten Legitimisten sei.

Belgien.

** **Brüssel**, 24. Juni. [Das Ministerium und die Kammer.] Die Repräsentantenkammer ward gestern durch verschiedene Erklärungen Seitens des Ministeriums, als Seitens derjenigen, welche während der Krise zur Neubildung eines Kabinets berufen worden waren, eröffnet.

Der Herr Minister des Innern wiederholte dabei nur die Eröffnung, welche er bereits dem Senat gemacht hatte und fügte nur hinzu, daß das Ministerium sich seitdem als definitiven Chef des Kriegs-Departements den General-Lieutenant Anoul beigesellt habe, nachdem eine Verständigung hinsichtlich aller die Armee betreffenden Fragen vorausgegangen wäre.

Hierauf entwickelten die Herren Verhaegen, Lebeau und de Brouckere die Motive, durch welche sie veranlaßt werden, die Neubildung des Kabinets abzulehnen. Diese Motive ließen sich auf eins, allen drei Herren gemeinsames zurückführen; da sich nämlich alle drei Herren in vollständiger Uebereinstimmung der Meinung, sowohl hinsichtlich der allgemeinen Politik mit dem rücktretenden Ministerium befanden, als auch hinsicht-

lich des speziellen Punktes, welcher den Rücktritt herbeiführte, so hätte nur ein Personenwechsel stattgefunden, weshalb die Erhaltung des gegenwärtigen Ministeriums vorzuziehen war.

Da alle diese Dinge bereits bekannt waren, so ward die Aufmerksamkeit vorzüglich auf die Erklärung des Finanzministers gespannt, welcher sich über die Modifikationen, zu welchen sich das Ministerium im Interesse der Verständigung mit der Kammer bereit finden lassen wollte, auszulassen hatte.

Das Ministerium schlägt also in dem Erbfolgegesetz eine Steuer für die direkte Linie vor, jedoch mit Modifikation des Ansatzes. Das Kabinet erwartet von dieser Steuer ein Erträgniß von ungefähr 2,400,000 Fr., wodurch das Gleichgewicht in den Finanzen hergestellt würde.

Den Ertrag der neuen Konsumtionssteuer will es lediglich den öffentlichen Arbeiten zuwenden und modifizirt sie dergestalt, daß es vom Bier nur 3 bis 400,000 Fr. statt 1 Million, vom Tabak nur 300,000 Fr. statt 1 Millionen u. s. w., im Ganzen etwa 2 Millionen beziehen will.

Die Versammlung beschloß die Diskussion über die Erbschaftssteuer auf dem Punkte wieder aufzunehmen, wo sich dieselbe bei Ausbruch der Ministerkrise befand. Der Art. 1 bezüglich der direkten Linie wird also der Prüfung der Central-Sektion unterliegen und zugleich mit ihm das Amendement bezüglich der Höhe der Steuer.

Spanien.

**** Madrid**, 17. Juni. [Das Budget.] Der dem Kongreß vorgelegte Gesetzentwurf verlangt die Genehmigung folgender, kraft königlichen Dekrets vom 4. Mai von dem General-Budget vorgenommenen Veränderungen. Dieses Dekret setzt die Totalsumme der ordentlichen Ausgaben auf 1,070,579,000 Realen, das der außerordentlichen Ausgaben auf 244,000,000 fest und das der Einnahme auf 1120,195,000 Realen fest.

Nächstdem legte der Finanzminister das Budget für 1851 vor. Hier verlangt die Regierung die Genehmigung eines Supplementar-Kredits von 2,520,000 Realen, welcher verbunden mit der, für das Artillerie-Material bestimmten Summe von 8,319,000 Realen, zur Anschaffung von 30,000 Perkussions-Gewehren dienen soll. Das Budget für 1851 ist auf 1,085,523 (?) Realen ordentlicher und auf 14,260,000 Realen außerordentlicher Ausgaben festgestellt; die Einnahmen auf 137,996,454 Realen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 26. Juni. [Die Installation] des bisherigen General-Substituten Friedrich Wilhelm Gossa zum 5. Diakon bei St. Elisabet wurde heute am Altare dieser Kirche vollzogen, und dem bisherigen 5. Diakon Pietsch gleichzeitig die Stelle des 4. zugewiesen. Im Vergleiche der Menge von Gemeinde-Gliedern (etwa 25,000) mußte man die gegenwärtige Versammlung klein nennen. Sie war aus den mittlern und niedern Ständen zusammengesetzt. Nach dem „Komm heil'ger Geist 2c." hielt der Kirchen-Inspektor Pastor Rother in gewohnter Weise mit würdevoller Umsicht und väterlichem Wohlmeinen die Weihrede nach Matth. 5, 13, über Wesen und Forderung des apostolischen Lehramts. Er las die Berufungs-Urkunde vor, welche den neuen Seelsorger verpflichtete, das Wort Gottes zu verkündigen, „wie es in der heiligen Schrift enthalten ist." Punktum. Dieser gelobte solches mit einem Ja und einem Handschlage. Feierliche Uebergabe der Vokation im Namen des Vaters 2c. Keine Einsegnung durch Hand-Auflegen. Nach dem Chorgesange „Der Herr ist mein Licht 2c." redete Gossa auf der untersten Stufe des Altars, er, welcher Breslau seine zweite Vaterstadt nannte, der er von Jugend auf angehört habe. Er richtete seine eben so bescheidenen als herzlichen Worte an den Patron, an das Stadt-Konsistorium, an den Installator, an seine nächsten Amtsgenossen, an die übrigen Stadt-Geistlichen, welche größtentheils zugegen waren, an die Kirchen-Vorsteher, an die Mitglieder des Chors, am ausführlichsten an die Gemeinde, die davon sehr erbaut schien. Sämmtliche geistliche Theilnehmer waren ohne Alben, alle Theile der Feier würdig des heiligen Zweckes, dem es galt.
E. a. w. P.

---

§ Breslau, 26. Juni. [Bürger-Versorgungs-Anstalt.] Die jährliche vorschriftsmäßig berufene General-Versammlung der B.-V.-A. hat gestern Nachmittag in Gegenwart des magistratualischen Kommissarius, Herrn Stadtrath Becker, und der Deputirten des Gemeinderathes in dem Hause der Anstalt stattgefunden. Nur wenige der beitragenden Mitglieder waren erschienen, von den Vorstehern und Stellvertretern fehlte keiner. Nachdem der Vorsitzende, Hr. Kaufmann Rahner, über die günstigen Ergebnisse des verflossenen Jahres, über den Stand der Stiftung und deren gegenwärtige Verhältnisse Bericht erstattet und in eindringlicher Rede zu fernerem eifrigem Wirken für das Gedeihen der Anstalt aufgefordert hatte, wurden die Kassenbücher, Beläge und das Mitgliederverzeichniß zur beliebigen Einsicht vorgelegt und den Anwesenden der gedruckte sechste Jahresbericht behändigt.

Hierauf erfolgte die Neuwahl zweier Vorstandsmitglieder und eben so vieler Stellvertreter, deren Amt, den Statuten gemäß, bereits abgelaufen war. Es wurden von Neuem zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt die Herren Rahner und Bonke, zu Stellvertretern die Herren Schott und Hüldebrandt. Die drei erstgenannten Herren erklärten sich sogleich für die Annahme der Wahlen und dankten für das ihnen geschenkte Vertrauen. — Die Versammlung votirte den Herren Dr. Springer und Prediger Dondorff, welche ihre Wirksamkeit zum Besten der Anstalts-Genossen fortgesetzt haben, den Dank durch allgemeines Aufstehen.

Der Jahresbericht schließt sich in erfreulicher Weise an die früheren an: es hat sich der Vermögenszustand im Vergleich zu dem vorhergehenden fünften Jahresabschlusse um 2248 Thlr. 11 Sgr. 7 Pf. vergrößert. Durch das Gnadengeschenk Sr. Em. des Kardinals und Fürstbischofs von Breslau wurde der Verein in den Stand gesetzt, die 17. Stelle zu errichten. Die jährlichen Beiträge der Mitglieder ergaben eine Einnahme von 1489 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf., die außerordentlichen Geschenke 637 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf., so daß nunmehr auch bald die 18. Stelle wird besetzt werden. Vier Ehepaare erhalten bereits die wöchentliche Unterstützung mit 1½ Thlr. — In diesem Jahre starben drei Hospitaliten; die Zahl der gegenwärtigen Genossen beträgt 17, welche, außer einem Israeliten, in der Anstalt wohnen.

Bei der Pathe'schen Stiftung befinden sich acht Genossen, welche gleichfalls Wohnung in diesem Hause haben. Diese besondere Stiftung verwalten die Herren Kuratoren Stadtrath Becker, Kaufm. Grundmann und Kaufm. Haase.

Das Institutshaus ist nun vollkommen für den Zweck der Stiftung eingerichtet, **und die freundlichen Räume könnten von der großen Zahl Aufnahme Suchender noch viele aufnehmen, wenn es die Mittel gestatteten!** Die Inschriften beider Institute, so wie das Stadtwappen zieren das Haus und laden den Vorübergehenden ein, in dasselbe einzutreten, um sich von der Einrichtung selbst zu überzeugen. Die Anstalt hofft, daß ihr hierdurch noch viele Gönner zugeführt und diese zur Erweiterung ihrer Wirksamkeit gern beitragen werden.

Es bedurfte kaum der Aufforderung des Vorsitzenden, um auch die gestrige Versammlung zum Besuche der Lokalien und der Anstalts-Genossen zu veranlassen.

*** Breslau**, 26. Juni. [Polizeiliche Nachrichten.] Im Monat Mai d. J. haben 39 Individuen das hiesige Bürgerrecht erlangt, und zwar: 3 Hausbesitzer, 1 Schiffseigenthümer, 9 Kaufleute, 1 Liqueurfabrikant, 1 Händler, 1 Produktenhändler, 6 Viktualienhändler, 1 Holzhändler, 1 Zimmmermeister, 2 Fleischermeister, 1 Schuhmachermeister, 4 Schneidermeister, 1 Lohnfuhrmann, 1 Frachtunternehmer, 1 Buchdrucker, 1 Klemptner, 1 Sattler, 1 Bäcker, 1 Röthemäkler, 1 Sensal; davon sind aus den preußischen Provinzen 37 und 2 aus dem Königreich Sachsen.

Feuer. In der Nacht zum 25. d. M. früh halb 1 Uhr brach in dem Nebenhäuschen des Tripke'schen Hauses an der Scheitniger Thorbarriere belegen, Feuer aus. In dem Häuschen wurden eine Menge Frühbeet-Strohdeckel aufbewahrt, die dem Feuer einige Nahrung gaben. Da die Umfassungswände massiv waren, so war dadurch dem Feuer Einhalt gethan und dasselbe nach kurzer Zeit gelöscht. Auf welche Weise dasselbe entstanden ist, hat bis jetzt noch nicht ermittelt werden können.

Am 24. d. M. des Nachts gegen 11 Uhr hatte sich ein hiesiger Schuhmachergeselle — ein bereits mehrere Male bestrafter Dieb in dem Kretschamhause Weintraubengasse Nr. 7 in die 3. Etage geschlichen und daselbst mit Nachschlüsseln die Wohnung der im Hausflur feilhabenden, und noch daselbst anwesend befindlichen Heringshändlerin geöffnet und sich in dieselbe begeben. Das Dienstmädchen der letzteren kam zufällig an die Stubenthür, fand dieselbe geöffnet und einen Dietrich im Schlosse stecken; sie machte Lärm, der Dieb wurde festgenommen und verhaftet.

Einem Kaufmann aus Polnisch-Lissa wurde in der Nacht zum 25. d. M. auf der Chaussee zwischen Kapsdorf und Hochkirch ein Ballen mit verschiedenen Kattunen im Werthe von 115 Rtl. und ein Ballen Parchent im Werthe von ca. 40 Rtl. vom Wagen entwendet.

In der Nacht vom 17. zum 18. d. M. gegen 2 Uhr wurde die Wohnung des Gerichtsscholzen Pohl in Hünern, Kreis Trebnitz, gewaltsam erbrochen, und eine Menge Kleidungsstücke, Betten und andere Vorräthe entwendet. Die Diebesbande soll 8 Mann stark, und der eine davon mit einer Lanze bewaffnet gewesen sein.

---

§ Breslau, 25. Juni. [Bericht über die Taubstummen-Anstalt.] Der Privatverein für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer in Schlesien hat dieser Tage den Jahresbericht für 1850 veröffentlicht. In dem Vorworte desselben erklärt der Verein, daß er nicht umhin könne, mit einem aus Dankbarkeit und Besorgniß gemischten Gefühle auf die abgelaufene Verwaltungsperiode zurückzublicken. „Denn fehlte es gleich in diesem Zeitraume keineswegs an edlen Menschenfreunden, welche dem wohlthätigen Zwecke der Anstalt ihre Thätigkeit wie ihre Mittel mit hingebender Liebe zuwandten, so waren doch auch in mehr als einer Beziehung empfindliche Einbußen zu beklagen."

Zwei treffliche Mitbürger, welche Jahre lang für das Beste der Anstalt mitgewirkt, die Herren Kaufmann Nitschke und Partikulier Pulvermacher, hat der Tod abgerufen. Die jährliche Einnahme erlitt einen Ausfall von 84 Thlr., ein Verlust, den die Anstalt um so schmerzlicher empfindet, als einerseits auch der Ertrag der Haus- und Kirchen-Kollekte im abgelaufenen Jahre 126 Thlr. weniger als im J. 1849, und 246 Thlr. weniger als im J. 1848 betrug, andererseits aber erst in der letzten Zeit sich völlig klar herausgestellt hat, wie sehr bedeutender und regelmäßig eingehender Summen es bedarf, um den Bedürfnissen der Provinz auch nur einigermaßen genügen zu können.

Es beträgt nämlich laut amtlichen Nachweisungen die Zahl der Taubstummen: im Breslauer Regierungsbezirk 846, im Liegnitzer 668, im Oppelner 784, also in der ganzen Provinz zusammen 2298. Von dieser in der That überraschend großen Anzahl sind zur Aufnahme in die Anstalt 73 angemeldet, von denen jedoch am nächsten Termine nur 13 wirklich aufgenommen werden können. Und dennoch bedürfte es bei der ansehnlichen und durchaus zweckmäßig eingerichteten Räumlichkeit des Institutsgebäudes nur ausreichender Mittel, um die stehende Zahl der Zöglinge, welche gegenwärtig 62 beträgt, auf 120 zu vermehren. Schon jetzt stellt sich die Anstellung eines sechsten Lehrers als nicht länger abweisbares Bedürfniß heraus. Um diesem bald und in geeigneter Weise zu begegnen, hat der Verein, nach dem Beispiele der hiesigen Blindenanstalt und auf Grund des § 15 der revidirten Statuten, alljährlich zu zahlende Bekleidungsgelder festgestellt, welche für einen Knaben 8 Thlr., für ein Mädchen 6 Thlr. betragen und entweder von den Angehörigen oder von den betreffenden Kommunen aufzubringen sind.

An die Bewohner der Provinz ergeht vorzugsweise die Bitte, die Bestrebungen des Vereins kräftigst zu unterstützen, da sie und namentlich die ländliche Bevölkerung es ist, deren taubstumme Kinder in der Anstalt zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft herangebildet werden. Denn von den 311 Zöglingen, welche überhaupt seit der Gründung der Anstalt in dieselbe eingetreten, kommen auf Breslau nur 33, auf die Provinz 278; dagegen hat die Anstalt an bereits gezahlten Vermächtnissen bis Ende 1850 erhalten aus Breslau 35,723 Thlr. 10 Sgr. 5 Pf., aus der Provinz 10,684 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf.; an Jahresbeiträgen aber gingen für 1850 aus Breslau ein 639 Thlr. 10 Sgr., während die von der Provinz aufgebrachte Summe 171 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. betrug. — Die Gesammteinnahme des letzten Jahres belief sich auf 21,403 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf., die Ausgaben auf 19,506 Thlr. 4 Sgr. 11 Pf.; es blieb somit ein Bestand von 1897 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf. — Das Vermögen der Anstalt besteht in einem Kapital von 51,904 Thlr. 24 Sgr.; dazu kommt das Grundstück in der Sterngasse mit dem neuen Institutsgebäude, versichert im städtischen Feuer-Kataster mit 44,440 Thlr., und das Mobiliar, in der Gothaer Feuer-Versicherungs-Bank mit 5,440 Thlr. versichert.

Die Konfirmation der in diesem Jahre zu entlassenden Zöglinge katholischen Glaubens wird Sonntag den 29. Juni in der Kirche zu St. Adalbert, die der evangelischen an demselben Sonntage in der Kirche zu St. Maria Magdalena und die öffentliche Prüfung sämmtlicher Zöglinge Montag den 30. Juni stattfinden.

Zweite Beilage zu № 176 der Breslauer Zeitung.

Freitag, den 27. Juni 1851.

Breslau, 26. Juni. [Orgel-Institut.] Am 25. Nachmittags 3 Uhr hielt Herr Organist Seidel die jährliche Prüfung seines Instituts für Orgelspiel wie gewöhnlich in der St. Christophori-Kirche ab, wozu er Freunde der Tonkunst durch Programme eingeladen hatte. Karl Mächtig, seit August 1850, Adolph Dohn, seit August 1849, und Albrecht Altmann, seit April 1846 Zöglinge dieses Instituts, legten diesmal Proben ihrer Fähigkeiten ab, nachdem Musikdirektor Hesse die Prüfung durch den Vortrag einer Fuge von S. Bach eröffnet hatte. Jeder der Zöglinge begann seine Leistungen mit Chorälen, wozu die Zwischenspiele von ihm selbst ausgearbeitet waren, worauf Kompositionen von Bach, Fischer, E. Köhler, Mendelssohn und Hesse folgten. Ohne auf eine Kritik jedes einzelnen Vortrages einzugehen, können wir auch diesmal mit Vergnügen berichten, daß sämmliche Zöglinge ein rühmliches Zeugniß des soliden und tüchtigen Unterrichts ihres geschätzten Lehrers ablegten. Albrecht Altmann, der bereits seit 1846 im Institut ist, löste die schwersten Aufgaben, welche in der Cis moll-Fuge und der großen in G moll von S. Bach, einer Sonate in C von Mendelssohn und einer Fantasie von Hesse in E dur bestanden, in sehr anerkennenswerther Weise; eben so zeugte eine eigene Komposition Altmanns (Präludium und Fuge in As dur) von Talent und Geschick. — Wir wünschen dem Institute unsers tüchtigen Seidel auch ferneres Gedeihen, so wie den jungen aufstrebenden Orgelspielern Muth und Beharrlichkeit zur Erreichung ihres Zieles. c.

W. **Breslau**, 26. Juni. [Das diesjährige schlesische Gesangfest] wird am 30. und 31. Juli zu Striegau gefeiert werden. Es besteht aus 4 Aufführungen: aus der musikalischen Unterhaltung (Konzert) am 30. Abends, aus dem Quartett am 31. Morgens 7 Uhr, aus der großen kirchlichen Aufführung Morgens 11 Uhr, und aus der Liedertafel am Nachmittage desselben Tages. Für die Konzert- und Quartett-Unterhaltung bieten sich die schönen und weitläufigen Räume der christkatholischen Kirche dar; die Haupt-Aufführung wird in der evangelischen Kirche und die Liedertafel, wie immer, im Freien abgehalten werden. In Bezug auf die Konzert-Unterhaltung dürfte die erfreuliche Nachricht, daß Fräulein Babnigg ihre Mitwirkung bereits zugesagt hat, eine bedeutende Anziehungskraft ausüben.

Der Zweck sämmtlicher zu dem Verbande für die schlesischen Musikfeste gehörenden Vereine ist ein rein kirchlicher, sowie der bei weitem größere Theil der Mitglieder der Vereine aus Personen besteht, die entweder ausschließlich Kirchenbeamte sind oder doch bei dem Gottesdienste mitwirken müssen, die Mehrzahl der Vereins-Mitglieder besteht aus Kantoren, Organisten und Lehrern. Der Zweck der Vereine für die schlesischen Musikfeste ist: möglichste Vervollkommnung des musikalischen Theiles des Gottesdienstes. Der Zweck ist also ein, für das kirchliche und mithin auch für das Staatsleben nicht unwichtiger. Er verdient daher von Seiten des Staates, sowie aller, die sich für das kirchliche Leben interessiren, die kräftigste Unterstützung. Wenn dies bisher nicht geschehen ist, so kann der Grund nur darin liegen, daß man entweder den Vereinen andere Zwecke unterlegte, an die sie auch im Entferntesten nicht dachten, oder weil man dem musikalischen Theile des Gottesdienstes (selbst den Kirchengesang mit inbegriffen) nicht den Grad der Wichtigkeit beilegte, den er in der That besitzt. Dieser letztere Irrthum ist mit eine der Haupt-Ursachen, weshalb das kirchliche Leben noch immer die traurigsten Erscheinungen darbietet, trotz der eifrigsten Bemühungen, dasselbe zu heben. Man hat dem Theile des Gottesdienstes, der ausschließlich auf Weckung und Belebung des religiösen Gefühls berechnet ist, bisher wenig oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt; fast alle Bestrebungen waren nur auf das Geistige gerichtet, während man das Gemüth fast ganz unbeachtet ließ. Der Erfolg dieser einseitigen Bestrebungen konnte daher nur ein sehr geringer sein, wenn überhaupt einer da war. Wohl haben sich Stimmen erhoben, die für Hebung des Theiles des Gottesdienstes eiferten, welcher ausschließlich auf das Gemüth einwirken soll, allein diese haben bis jetzt nur vereinzelte Bestrebungen (z. B. in Berlin und Königsberg) hervorgerufen, die, weil sie von einer gewissen theologischen Richtung ausgingen, mit Mißtrauen betrachtet wurden und auf das Ganze ohne Einfluß blieben. Doch ist zu hoffen, daß sich auch hier das Gute und Zweckgemäße Bahn brechen und das unabweisbare Bedürfniß sich mit der Zeit Geltung verschaffen wird.

Da, wie oben bemerkt, die Vereine bisher noch keine Unterstützung von Seiten des Staates genossen, so haben sie sowohl in Bezug auf ihre Aufführungen, als in Bezug auf ihre Ausbildung oft mit nicht unbedeutenden Hindernissen zu kämpfen, und zwar namentlich in materieller Beziehung. Die Vereine sind in materieller, d. h. pekuniärer, Beziehung, mittellos, und trotz der größten Opfer ihrerseits, sowie trotz des uneigennützigsten Beistandes wackerer Männer in den Städten, wo man sich zu großen Aufführungen vereinigte, ist es daher nicht möglich, den Gesang- und Musikfesten die Bedeutsamkeit, das Umfassende und die Wirksamkeit zu geben, die ihnen wohl bei den vorhandenen tüchtigen und zahlreichen musikalischen Kräften gegeben werden könnten. So hat man in Bezug auf das bevorstehende Fest in Striegau, auf die Mitwirkung eines großen Orchesters verzichten müssen, weil dadurch die Kosten zu bedeutend vermehrt worden wären, ohne daß man hoffen durfte, sie durch die Einnahme zu decken. Das Fest zu Striegau muß sich daher darauf beschränken, durch eine imposante Stimmenmasse zu wirken. In dieser Beziehung ist jedoch auf einige Punkte aufmerksam zu machen, deren Beobachtung nothwendig ist, wenn die beabsichtigte Wirkung erzielt werden soll. Eine große Zahl von Sängern wird nur dann eine imposante Wirkung hervorrufen, wenn sie wohl geschult, gut eingeübt und sicher sind. Fünfzig solcher Sänger rufen einen kräftigeren Eindruck hervor als 200 andere, von denen ein großer Theil die Stimme nicht ausgebildet, das aufzuführende Musikstück nicht durch und durch kennen gelernt und aufgefaßt hat und im Treffen nicht sicher ist. Letztere stören nur die guten Leistungen der Ersteren und vereiteln die beabsichtigte Wirkung. Es ist daher wünschenswerth, daß die Vereine nicht allein die aufzuführenden Musikstücke eifrig einstudiren, sondern auch darüber wachen, daß bei der allgemeinen Aufführung das obige Prinzip streng beobachtet wird. Es ist zwar die Bestimmung getroffen, daß Niemand bei der Aufführung mitwirken darf, der nicht den vorhergehenden Generalproben beigewohnt hat, doch schon zu diesen Generalproben müssen wohlgeschulte, gut eingeübte und möglichst sichere Sänger mitgebracht werden. Da ferner die schlesischen Musikfeste den Doppelzweck haben, nicht allein die Hörer zu erbauen und ihnen erquickende Genüsse zu gewähren, sondern auch an vorgeführten gelungenen Leistungen zu lernen, so muß man vorzugsweise bei Auswahl der Solosänger äußerst streng sein, und, wenn man nicht über eine große Zahl derselben gebietet, sich lieber auf eine geringe Zahl beschränken, wenn dieselbe die erforderlichen Eigenschaften hat. Man muß auf den (freilich leicht verzeihlichen) Ehrgeiz verzichten, daß jeder Verein sein Kontingent von Solosängern stellen müsse; und sollte eine große Zahl von guten Solosängern vorhanden sein, so wähle man die besten aus. — Hält man an diesen beiden Punkten fest, so darf man bei der anerkannten musikalischen Tüchtigkeit der Vereine erwarten, daß das Gesangfest zu Striegau in jeder Richtung nur gelungene Leistungen darbieten wird.

Breslau, 26. Juni. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Am gestrigen Tage fand die General-Versammlung behufs Wahl zweier Vorstandsmitglieder statt. Von den vorgeschlagenen fünf Personen erhielten gleich bei der ersten Stimmabgabe zwei die erforderliche Majorität, welche der Vorsitzende alsbald mit dem Wunsche in den Vorstand aufnahm, daß sie eben so eifrig ihr Amt verwalten möchten, als die beiden ausscheidenden Mitglieder.

Außer der Wahlhandlung las der Vorsitzende einige eingegangene Briefe vor. 1) Aus Philadelphia vom 15. April wird der Verein dringend aufgefordert, jeden auswandernden Schlesier vor der Reise über Hamburg und Liverpool zu warnen. — 2) Von dem Berliner Verein zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation ist auf die Anfrage des diesseitigen Vorstandes, betreffend die Ermäßigungen auf den Eisenbahnen von Berlin aus bis nach Bremen folgende Antwort eingegangen: „Auf das gefällige Schreiben vom 15. d. Mts. erwiedern wir betreffend die Ermäßigung der Eisenbahn-Fahrpreise für Auswanderer über Bremen, daß sämmtliche von hier nach Bremen betheiligte Eisenbahnen die Auswanderer zu ermäßigten Preisen befördern, die Vorzeigung eines förmlichen Auswanderungs-Consenses nicht dazu verlangen, von einer Legitimation durch ortsobrigkeitliches Attest als Auswanderer bis jetzt abzusehen sich nicht bereit erklärt haben. Wir erwarten daher ein Arrangement dieser Angelegenheit erst durch den Kongroß des norddeutschen Eisenbahn-Verbandes, welcher, so viel hier bekannt, im Juli zu München zusammen treten wird." Da diese Antwort wenig genügend war, so wurde der alte Antrag erneuert, daß nun der Breslauer Verein selbstständig die Sache in die Hand nehmen und sich an die betreffenden Bahn-Direktionen wenden solle. — 3) Ein Brief aus Galveston schildert in humoristischer Weise die Leiden und Freuden der Seereise. — Aus der Auswanderungs-Zeitung wurden noch folgende Mittheilungen gemacht: Die Auswanderung aus der baierischen Pfalz würde noch stärker sein, wenn die Grundstückbesitzer ihre Liegenschaften schneller und mit weniger Verlust verkaufen könnten. — Fräulein Tschech, ein in Preußen bekannter Name, ist in New-York angekommen und wohnt im Shakespeare-Hotel. — Das Washington-Monument zu Washington ist bereit 80 Fuß hoch, soll aber die Höhe von 800 Fuß erreichen. — Der neue Konstitutions-Entwurf von Maryland bestimmt, daß Duellanten und Sekundanten unfähig sein sollen, ein Amt zu bekleiden.

Vor dem Schlusse der Sitzung erklärte Hr. Burg das große Werk über Amerika in drei Bänden der Vereinsbibliothek schenken zu wollen. Der Vorsitzende dankte dem Geber im Namen des Vereins.

C. W.

---

* **Naumburg a. Q.**, 12. Juni.*) [Schützenfest.] Am dritten Feiertage feierte die hiesige Schützen-Gilde ihr Königsschießen in ihrer gewöhnlichen Weise; es versammelten sich am nämlichen Tage Vormittags, durch Generalmarsch der Tamboure und Hornisten berufen, die Schützen-Abtheilungen, das Jäger-Korps, Musketier-Korps, schwarze Korps und unverheirathete Bürger-Korps, erstere 3 Korps in ganz neuen Waffenröcken, letztere im schwarzen Frack mit Büchsen. Diese vier Abtheilungen marschirten dann vor das Rathhaus in Frontaufstellung. Dort ward der vorjährige Schützenkönig, Herr Schuhmachermeister Kündler, durch den Magistrat und Schützen-Vorsteher abgeholt, worauf sich die ganze Schützengilde mit vier Musikabtheilungen in Marsch nach dem Schießhause setzte. Hier begann das übliche Königsschießen. Den besten Schuß erzielte Herr Riemermeister Simon. Des Abends war großer Zapfenstreich und Tanzbelustigung. Den dritten Tag bei Sonnenuntergang gab der Festordner, Herr Gastwirth Simon, Ordre zum Rückmarsch nach der Stadt, welche festlich beleuchtet war.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

§ **Breslan**, 26. Juni. [Schwurgericht.] 1. Untersuchung wider den Kaufmann Wolf Bankmann, wegen wissentlicher Theilnahme an den Vortheilen eines Raubes.

Staatsanwalt: Assessor Wenzel. Vertheidiger: R. A. Windmüller.

Die Anklageschrift wider den Schiffer Weber und Genossen kam noch einmal vollständig zur Verlesung. Der Angeklagte war nämlich bezichtigt, die Pfandbriefe, welche dem Müller Moritz zu Luzine durch Weber und Complicen geraubt wurden, in Gemeinschaft mit seinem Bruder Heinrich Bankmann angekauft und um die Verübung des Raubes gewußt zu haben. Der Angeklagte war zur Zeit, als der Webersche Prozeß verhandelt wurde, an den Pocken erkrankt. Es mußte daher gegen ihn die Untersuchung von Neuem aufgenommen werden. Heinrich Bankmann ist bereits, wegen wissentlicher Theilnahme an den Vortheilen eines Diebstahls, zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Am Schlusse der heutigen Beweisaufnahme legte der Präsident den Geschworenen 4 Fragen vor, deren erste die Merkmale des Raubes aufzählte. Der Spruch der Geschworenen lautete nun dahin: Ja, der Angeklagte ist der Theilnahme an den Vortheilen eines Raubes schuldig, doch ist der Umstand nicht erwiesen, daß er von der Anwendung gewaltsamer Mittel zur Verübung der That Kenntniß gehabt. Der Gerichtshof erklärte diesen Spruch nicht für ausreichend, worauf die Geschworenen sich noch einmal in das Berathungszimmer zurückzogen und einfach das „Schuldig" erkannten. Der Gerichtshof verurtheilte demgemäß den Angeklagten, wegen wissentlicher Theilnahme an den Vortheilen eines Raubes zu 5 Jahren Zuchthaus und 5jähriger Stellung unter polizeiliche Aufsicht.

Dem Vernehmen nach wird die Vertheidigung gegen dieses Erkenntniß die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen, da durch den zweiten Ausspruch der Geschworenen der erste völlig aufgehoben wurde.

2. Untersuchung wider den Tagearbeiter Wilh. Grosser, wegen zweiten gewaltsamen und zugleich dritten Diebstahls.

Staatsanwalt: O.-St.-A. Fuchs. Vertheidiger. R. A. Rhau.

In Folge der heutigen Beweisaufnahme erklären die Geschworenen den Angeklagten sämmtlicher ihm zur Last gelegten Verbrechen für schuldig. Das richterliche Erkenntniß belegte ihn mit 15jähriger Zuchthausstrafe, demnächstiger Detention bis zum Nachweise der Besserung und des ehrlichen Erwerbs und Stellung unter polizeiliche Aufsicht auf 15 Jahre.

*) Verspätet.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 26. Juni. [Produktenmarkt.] Unser Getreidemarkt hatte heute ein festeres Ansehen, besonders war gute Kauflust für Weizen bemerkbar. Roggen war ebenfalls gut zu lassen; nur von Gerste und Hafer ging wenig um, weil Inhaber auf zu hohe Preise hielten. Es bedang weißer Weizen 60 bis 66 Sgr., gelber Weizen 60 bis 65 Sgr., Roggen 37½ bis 44 Sgr., auch 45 Sgr., Gerste 32 bis 34½ Sgr., Hafer 31 bis 33½ Sgr. und Kocherbsen 40 bis 44 Sgr.

Oelsaaten waren nicht angeboten. Für Raps auf Lieferung würde man 74 bis 75 Sgr., sowie für Winterrübsen 70 bis 71 Sgr. bewilligen. Abgeber halten auf höhere Preise.

Kleesaat sehr angenehm bei schwachen Offerten. Weiße holländische 5 bis 11⅔ Thlr. und rothe 6½ bis 11⅙ Thlr.

Spiritus steigend, 7⅓ Thlr. bez. und Geld.

Rüböl sowohl loco als auf Lieferung zu 10⅔ Thlr. zu haben.

In Zink ist nichts umgegangen.

Breslau, 26. Juni. (Br. Hdl.-Bl.) Der stattfindende Johanni-Markt ist auch in seinem Verlaufe für das Engros-Geschäft sehr betrübend geblieben. Eines so schlechten Marktes weiß man sich seit lange nicht zu erinnern, selbst in der bedrängten Cholerazeit des Jahres 1849 fand größerer Absatz statt. Sowohl unsere Manufakturwaarenhändler engl. und vereinsländischer Industrie, als die sächsischen und schlesischen Fabrikanten verlassen höchst unbefriedigt den Markt. Auch das Detailgeschäft bleibt noch sehr unbefriedigend, was aber an Märkten in dieser Zeit anderer Jahre eben nicht besser war.

---

* **Breslau**, im Juni. [Schlesische Industrie.] J. J. Weber's Illustrirte Zeitung vom 14. Juni 1851 enthält unter anderen willkommenen Darstellungen von Sehenswürdigkeiten, welche die (Londoner) „Industrie-Ausstellung aller Nationen" bietet, eine eben so ansprechende als anschauliche Abbildung eines Papierkorbes in künstlichen Brillanten, welchen Herr Moritz Körner, Gürtlermeister und Graveur zu Schönau in Niederschlesien dorthin eingesendet. — Der Fabrikation dieser künstlichen Brillanten liegt, wie wir erfahren, eine Legirung von Zinn; Blei und Wismuth zu Grunde, welche über facettirte und polirte Körper (Stahl oder Glas) so hinweggegossen wird, oder welche man in die flüssige Legirung dergestalt hineintaucht, daß ein schalenförmiger vertiefter Abklatsch entsteht, der das Licht an seinen inneren glänzenden Facetten zurückwirft, um dadurch die Wirkung strahlender Diamanten hervorzubringen. — Man kennt diese hübsche Arbeit seit langen Jahren schon auf den Theatern unter dem bescheidenen Namen „Zinnschmuck", und die Kurzwaaren-Handlungen verkaufen bereits seit geraumer Zeit Nadeln, Brochen, Kämme u. s. f. von solcher Art. — Der Papierkorb, welchen Herr Körner auf die Londoner Industrie-Ausstellung gesendet, ist jedoch in der That ein bisher unerreichtes Prachtstück in diesem blendenden Genre, und soll besonders bei Abend unter entsprechender Beleuchtung einen wirklich herrlichen Effekt hervorbringen. — Möchte es einmal gelingen — woran nach den Riesenfortschritten unserer Industrie in neuerer Zeit kaum zu zweifeln, farbigen, nicht blos wie bisher, weißen Zinnschmuck herzustellen, so würde dessen Anwendung noch um Vieles verbreiteter werden.

St. Petersburg, 17. Juni. In Archangel ist, gestern eingegangenen Nachrichten zufolge, fast das ganze Stadtviertel der Kaufmannschaft mit allen Komptoiren abgebrannt (s. gestr. Bresl. Z.); die Papiere und Bücher sollen gerettet und die Gebäude ꝛc. versichert sein. Die zweite Assekuranz-Kompagnie soll circa 200,000 Rubel Silber zu vergüten haben.

Liverpooler Baumwoll-Markt. Vom 19. Juni. Heutige Verkäufe 6000 B., wovon 1000 B. für Export und an Spekulanten zu festen letzten Preisen. — Vom 20. Juni. Bei guter Frage sind 5000 B. verkauft, wovon 1000 B. für Export und an Spekulanten. Preise sind bei willigerem Angebot unverändert geblieben. — Vom 21. Juni. Verkäufe 5000 B., bei ruhigem aber festem Markt.

Theater-Repertoire.

Freitag den 27. Juni: **„Der Postillon von Lonjumeau."** Komische Oper in 3 Akten, Musik von A. Adam. — Madelaine, Frln. Babnigg, vorletzte Rolle vor ihrem Urlaub. Chapelou, Herr Reer, herzogl. Kammersänger zu Koburg, als Gast.

Sonnabend den 28. Juni. Zum 8ten Male: **„Der geheime Agent."** Lustspiel in 4 Aufzügen von F. W. Hackländer.

Für das dritte diesjährige Theater-Abonnement von wiederum 70 Vorstellungen, welche innerhalb der Monate Juli, August und September stattfinden, werden Bons für je 2 Thaler im Werthe von 3 Thalern ausgegeben. — Diese Bons sind im Theater-Bureau zu haben, und können daselbst für die jedesmalige Tagesvorstellung Morgens von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr umgetauscht werden.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Theodor Peuckert.
Clementine Peuckert, geb. Pollack.
Breslau, den 26. Juni 1851. [3435]

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Paul Koschny.
Maria Koschny, geb. Liedicke.
Breslau, den 26. Juni 1851. [2178]

[3448] Entbindungs-Anzeige.
Theilnehmenden Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, die ergebene Anzeige, daß heute früh 4½ Uhr meine geliebte Frau Clementine, geb. Pfeiffer, von einem muntern Knaben glücklich entbunden worden ist.
Breslau, den 26. Juni 1851.
C. Selbstherr.

Entbindungs-Anzeige.
Heut wurde meine liebe Frau Rosalie, geb. Sperlich, von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.
Neisse, den 25. Juni 1851.
[3440] Jul. Liebig.

[3461] Todes-Anzeige.
Das heute früh um 8¼ Uhr erfolgte Dahinscheiden ihrer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, der verw. Geldsensal Caroline Schneider, geb. Schwarz, im fast vollendeten 80. Lebensjahre, zeigen Freunden und Verwandten hiermit an:
Die Hinterbliebenen.
Bunzlau, den 25. Juni 1851.

[3458] Todes-Anzeige.
Den 24. d. entschlief sanft C. verw. Bach, geb. Grotius. Diese Anzeige ihren vielen Freunden.
Breslau, den 26. Juni 1851.
Die Hinterbliebenen.

[3434] Todes-Anzeige.
Am 23. d. M. starb hierselbst im Kreise seiner Familie der hiesige Oekonom Herr Carl Eduard Lichhorn. Mit der Bitte um stille Theilnahme widmen entfernten Freunden und Bekannten diese Anzeige:
die hinterbliebene Wittwe und die sechs minorennen Kinder.
Breslau, den 24. Juni 1851.

Hamburger Magenbier,

sehr kräftig und wohlschmeckend, empfiehlt als etwas ganz Neues: **Schmidt,** Ritterplatz 9,
Auch werden Bestellungen in kleinen so wie in größeren Quantitäten bei mir angenommen.
[3451]

[2165] Die **Breslauer Kunstausstellung** (Blücherplatz im Börsenhause) ist von früh 9 Uhr bis Abends 6 Uhr geöffnet. Eintritt 5 Sgr. Die Ausstellung ist **nur noch bis Sonntag Abends** zu sehen.

[2180] Zur Prüfung der Zöglinge der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt und zur Ausstellung ihrer Handarbeiten am **Sonnabend dem 28. Juni 1851**, Nachmittags 3 Uhr, ladet ergebenst ein:
Der schlesische Verein für Blinden-Unterricht.

[2179] Sonnabend den 28. Juni, Abends 7½ Uhr, General-Versammlung des Vereins gegen Thierquälerei, in der goldnen Krone, Ring und Ohlauerstraßen-Ecke.
Der Vorstand.

[3432] Sonntag den 29. Juni Nachmittag 5 Uhr wird der Breslauer Verein gegen das Branntweintrinken in der Kirche des Armenhauses sein achtes Jahresfest feiern, zu welchem ergebenst einladet: der Vorstand.

Meinen geehrten Gönnern die ergebene Anzeige, daß ich am **1. Juli** mein Reit-Institut nach der **Tauenzien-Straße Nr. 9** verlegen werde.
[3449] **H. Bernhardt.**

[3439] Der Hausknecht August Hollunder ist nicht mehr in unserem Dienste.
Albert Hahn u. Comp.

[2174] **Eine Gouvernante,**
welche seit 6 Jahren in Paris und London fungirte und noch fungirt, die französische und englische Sprache geläufig und mit Eleganz spricht, in den Elementar-Wissenschaften wie in der Musik befähigt ist, wünscht ein anderweites Engagement im preußischen Staate, ihrem Vaterlande. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfragen der Wirthschafts-Inspektor Kosson in Zülzhof bei Grottkau.

[2176] Ein unverheiratheter **Privat-Sekretär**, der zugleich gewandter Rechner ist, im Polizei- und Kanzlei-Fach Routine besitzt, polnisch und deutsch spricht und sich über seine bisherige gute Führung durch empfehlenswerthe Zeugnisse legitimiren kann, findet eine Anstellung auf einem Dominium Oberschlesiens. — Portofreie, mit Zeugnissen versehene Adressen nimmt Hr. Kaufmann R. Schliwa in Oppeln unter Bezeichnung von Chiffre Nr. 19 entgegen.

[2183] **Hausverkauf.**

Das den Unterzeichneten gehörige, in Ernsdorf bei Reichenbach in Schlesien belegene, dreistöckige massive, neugebaute Wohnhaus, wozu ein Nebenhaus mit Stallung und Wagenremise, nebst einem Blumen- und großen Gemüse-Garten gehört, beabsichtigen dieselben aus freier Hand zu verkaufen, und ertheilen hierauf Reflektirenden darüber nähere Auskunft.
Ernsdorf, im Monat Juni 1851.
Die **Carl Wilhelm Gründler**'schen Erben.

Ein Gasthof erster Klasse,

mit vielen Fremdenzimmern und vollständigem neuen Inventarium, Stallungen zu 30 Pferden, mit Wagenremisen und Garten, so wie ein 3 Stock hohes massives Wohngebäude stehen veränderungshalber sofort aus freier Hand zu verkaufen. Näheres unter portofreien Anfragen beim Maurermeister Nitsche in Freiburg bei Fürstenstein. [3430]

Zu Ausflügen in's schlesische Gebirge

empfehlen wir und sind in allen Buchhandlungen zu haben:

Sudeten-Wanderer.

Ein Wegweiser für Lust- und Bade-Reisende durch die interessantesten Partien des Riesen-, Hochwald- und Glazer-Gebirges, nebst einem Anhange: Die schlesischen Eisenbahnen. Von Bernhard Neustädt. 16. Mit einer Specialkarte der Sudeten.
Zweite verbesserte Auflage. 1850. Geb. Preis 15 Sgr.

Handbuch für Sudeten-Reisende.

Mit besonderer Berücksichtigung für Freunde der Naturwissenschaften und die Besucher schlesischer Heilquellen von W. Scharenberg. 8. Mit 8 Kärtchen der Umgebungen besuchter Bäder, — einer geognostisch-colorirten Reise-Karte der Sudeten und einem Vegetations-Profile. Zweite verb. Auflage. 1850.
Eleg. in engl. Leinwand gebunden. Preis 1 Rthl. 15 Sgr.

Karte der Sudeten.

Entworfen von W. Scharenberg. Lithogr. von H. Mahlmann. Im Carton. Preis 10 Sgr.

☛ **Nächstdem halten wir stets ein sehr reichhaltiges Lager der neuesten und besten Reise-Handbücher, Brunnen- und Badeschriften, Panoramen und Ansichten, Pläne und Reise-Karten.**

Trewendt und Granier,
[2177] Buch- und Kunst-Handlung, Albrechts-Straße 39, vis-à-vis der kgl. Bank.

Versammlung der Vertrauens-Männer für den Bau eines Saales im Schießwerder daselbst, **heut Abend 7 Uhr.**
Bericht über die Lage der Sache und wichtige Mittheilungen in Betreff der Entschädigungen.
Breslau, den 27. Juni 1851. **Das Comitee.**
Die eingegangenen Verzichtleistungen bitten wir abzuliefern. [2188]

[2186) (Verspätet.) Am zweiten heiligen Pfingsttage beging die hiesige evangelische Gemeinde ein lang ersehntes Freuden-Fest. Eine Orgel, von den Orgel-Baumeistern Otto Müller und Schulze in Breslau neuerbaut, wurde in angemessener Weise eingeweiht, und von dem, durch sein Buch über die Orgel rühmlichst bekannten Organisten an der Christophori-Kirche zu Breslau, Herrn Seidel, nach vollzogener gründlicher Revision abgenommen. Letzterer hatte bereits den Bau derselben beaufsichtigt und beschloß sein Liebeswerk damit, daß er nicht nur die Abnahme hier leitete, sondern auch während des Gottesdienstes alle Anwesenden durch seine meisterhafte Fertigkeit im Orgelspiel wahrhaft erbaute. Das schöne Orgelwerk ist nach dem Urtheile von Sachkennern eben so gediegen, als preiswürdig erbaut, und empfiehlt selbstredend seine Meister. Somit wäre die, meist von Gaben liebreicher Glaubensbrüder erbaute, freundliche Kirche in ihrem Innern, zur großen Freude der Betheiligten, nunmehr vollendet. Indem wir dies zur Kenntniß aller edlen Wohlthäter bringen und ihnen im Namen der Gemeinde für die gewährten Liebesspenden mit den innigsten Segenswünschen herzlich danken, empfehlen wir dieselbe fernerem freundlichen Wohlwollen.
Der Vorstand der evangelischen Gemeinde Guttentag.
Appenroth. Weishaupt. Arndt. Mielchen.

An die Männergesang-Vereine Schlesiens.

Wer da durchdrungen ist von der sittlichen Macht und nationalen Bedeutsamkeit des deutschen Liedes, fühlt es wohl mit uns, daß eine enge Verbrüderung der Sänger-Vereine wünschenswerth. Wir erlauben uns daher einen „Schlesischen Sängerbund" in Anregung zu bringen, der alle Vereine der Provinz umfassen und eine weitere Verbindung mit den Sängern des großen gemeinsamen Vaterlandes anstreben möge. Fern von jeder politischen oder kirchlichen Parteiung wollen wir, daß zunächst durch Veranstaltung größerer und volksthümlicher Sänger-Feste im weiteren Kreise das Interesse für den bildenden und veredelnden Gesang rege gemacht werde.

Wir fordern hiermit die Vereine Schlesiens auf uns zu benachrichtigen, ob sie unsern Vorschlag — was Bildung eines „Schlesischen Sängerbundes" betrifft — annehmen wollen, und sind bereit für das Jahr 1852 das „erste allgemeine schlesische Sängerfest" in Neisse zu veranstalten. Neisse, den 25. Juni 1851.
[2175] **Das Direktorium des Männer-Gesang-Vereins.**

Fortsetzung der Auktion von Tuchen,

Bukskings, Drills, Westen u. s. w., Schweidnitzer-Straße Nr. 1, im Gewölbe, gerade-über dem Bitterbier-Hause.
[2456]

[3365] **Unsern werthen Kunden und Geschäftsfreunden**
hiermit zur Nachricht, daß wir am 1. Juli l. J. unser Detail-Geschäft, Schmiedebrücke Nr. 21, aufgeben, und uns ausschließlich dem Kommissions- und En gros-Geschäft von Produkten und Mehlwaaren widmen werden. — Unser **Komptoir** befindet sich nach wie vor **Schmiedebrücke Nr. 21.**
Petrick u. Comp.

[249] **Bekanntmachung.**
Die nachstehend aufgeführten, im Steinauer Kreise zur Ausführung gekommenen Auseinandersetzungs-Sachen:
1) Reallasten-Ablösungen von Oelschen,
2) Reallasten-Ablösungen von Zechelwitz,
3) Reallasten-Ablösungen von Preichau,
4) Reallasten-Ablösungen von Hochbauschwitz,
5) Reallasten-Ablösungen von Gurkau,
6) Reallasten-Ablösungen von Queissen,
werden zur Ermittelung unbekannter, zu den gepflogenen Verhandlungen nicht herangezogener Interessenten und Feststellung der Legitimation hiermit öffentlich bekannt gemacht, und es wird allen Denjenigen, welche dabei ein Interesse zu haben vermeinen, überlassen, sich spätestens bis zu dem auf
den 31. Juli d. J.
in dem Parteienzimmer der unterzeichneten Behörde anberaumten Termine zu melden, widrigenfalls sie die Auseinandersetzungen selbst im Falle einer Verletzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden.
Breslau, den 31. Mai 1851.
Königliche Regierung.
Abtheilung für Domainen, Forsten und direkte Steuern.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 12 und 12 a. Sterngasse belegenen, auf 18,183 Rtlr. 21 Sgr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin
auf den 30. Septbr. 1851,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden die unbekannten Realprätendenten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen, so wie der Dr. philos. Karl Junguitz und die verw. Pastor Mülchen, geb. Weiß, oder deren Erben hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 7. März 1851.
[94] Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf der Kupferschmiede-Straße Nr. 7 belegenen, auf 20,445 Rthlr. 19 Sgr. 7 Pf. geschätzten Hauses haben wir einen Termin
auf den 4. Oktober 1851,
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Parteien-Zimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.
Zu diesem Termine wird der Vincenz Leopold Emmerich und die Johanne Christiane verehel. Fuchs, geb. Karl, oder deren Erben hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 8. März 1851.
[95] Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[315] **Bekanntmachung.**
Der Auszügler Friedrich Reichelt zu Weide, Kreis Breslau, ist rechtskräftig wegen Meineides mit Verlust der Nationalkokarde, aller bürgerlichen Ehre und Gewerbe, einjähriger Zuchthausstrafe, Geldbuße von 24 Rtl. 8 Sgr., und im Unvermögensfalle vierwöchentlicher Verlängerung der Zuchthausstrafe, Stellung unter Polizeiaufsicht auf ein Jahr belegt, und im Urtel zugleich die öffentliche Bekanntmachung der Strafe ausgesprochen worden.
Breslau, den 11. Juni 1851.
Königl. Stadtgericht. Abtheil. für Strafsachen. II.

[305] **Bekanntmachung.**
Zur Vermiethung des ehemaligen Gewerbe-Steuer-Amts-Lokals und der drei unter dem Leinwandhause in der Elisabetstraße gelegenen Gewölbe an den Meistbietenden steht auf den
30. d. M. Nachmittags 5 Uhr im rathhäuslichen Fürstensaale
Termin an.
Die Bedingungen sind in der Raths-Dienerstube einzusehen.
Breslau, den 14. Juni 1851.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

[314] **Offener Exekutor-Posten.**
Der Posten eines Polizeidieners und Exekutors für hiesige Stadt ist wiederum neu zu besetzen und haben sich diejenigen versorgungsberechtigten Militärpersonen, welche diesen Posten annehmen wollen, unter Einreichung ihrer Atteste und eines kurzen Lebenslaufs, so wie des Civilversorgungsscheines bis zum 15. Juli d. J. bei dem unterzeichneten Magistrat, wo möglich persönlich, zu melden.
Das Gehalt beträgt nebst Wohnungsmiethe-Entschädigung jährlich 115 Thlr. und außerdem sind noch die Exekutions- und Anmeldegebühren zu beziehen.
Waldenburg, 25. Juni 1851.
Der Magistrat.



das durch **sofortige Anschaffung der neuesten Erscheinungen** der musikalischen Literatur stets **auf das Vollständigste assortirt ist.**
Abonnements für Einheimische und Auswärtige zu gleichen und den billigsten Bedingungen können von jedem Tage an beginnen. Prospectus gratis. [2181]

Stahlfedern allerhöchster Vollkommenheit.

Es ist gelungen, eine Stahlfeder herzustellen, welche alle Vortheile des Gänsekieles übertrifft, dieselben kritzeln und spritzen nicht, schneiden auch nicht in das Papier und passen für jede Hand und Schrift.
Zur weitern Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit dieser Federn werden Probekarten mit 30 verschiedenen Sorten, à Stück 5 Sgr., abgegeben und nach getroffener Wahl wieder für denselben Preis in Zahlung zurückgenommen.
Verkauf während des Jahrmarkts en gros und en détail das Groß (12 Dutzend) von $2\frac{1}{2}$ Sgr. an.
Federhalter in bedeutender Auswahl, das Dutzend von 1 Sgr. an.
Jules Le Clerc aus Berlin und Hamburg.
[3351] **Stand: Am Ringe, der Naschmarkt-Apotheke gegenüber.**

[319] **Bekanntmachung.**
Die dem königl. Seehandlungs-Institute gehörige, in der Ober-Vorstadt zu Landeshut in Schlesien belegene
Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei
soll mit allem Zubehör an Grundstücken, Gebäuden, Betriebs-Einrichtungen, Maschinen und Utensilien, öffentlich an den Meistbietenden veräußert werden.
Hierzu haben wir einen Termin
auf den 1. Oktober d. J.,
von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, in dem Konferenz-Saale der Seehandlung, Jägerstraße Nr. 21 hieselbst anberaumt.
Kauflustige werden zur Abgabe ihrer Gebote in diesem Termine hierdurch mit dem Bemerken eingeladen, daß
ausführliche Beschreibungen des Etablissements,
und
die Licitations- und Veräußerungs-Bedingungen,
in unserer geheimen Seehandlungs-Registratur, bei der Administration der Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei in Landeshut und bei der Maschinen-Bau-Anstalt in Breslau, in den gewöhnlichen Dienst-Stunden zur Einsicht ausliegen, und die gedachte Administration angewiesen ist, den sich meldenden Kauflustigen an Ort und Stelle jede weitere Auskunft über die Verhältnisse des Etablissements zu ertheilen und die Besichtigung desselben zu gestatten.
Berlin, den 16. Juni 1851.
General-Direktion der Seehandlungs-Societät.
gez. Bloch. Remmert.

Dienstag, den 1. Juli d. J. und erforderlichen Falls in den folgenden Tagen, Vormittags von 9 Uhr ab, werden in unserm Amtsgebäude
circa 24 Centner Zucker, Raffinad,
28 Ohm Franzwein,
110 Ohm Spiritus,
40 Ohm Wein-Essig-Spritt,
148 Centner Rauch-Tabak (Portoriko und Ohlauer Rollen-Tabak)
in größern oder kleinern Quantitäten, je nach unserm Gutbefinden, öffentlich meistbietend ausgeboten werden.
Von dem Resultate des Ausgebots wird es abhängig bleiben, ob die genannten Gegenstände ganz oder nur theilweise werden veräußert werden.
Glaz, den 20. Juni 1851.
[316] **Königliches Proviant-Amt.**

Auktion. Am 28. d. M. Vorm. 10 Uhr sollen in Nr. 34 Schuhbrücke (Wiener Elysium) verschiedene Rhein-, Roth- und Champagner-Weine versteigert werden.
[3459] **Mannig**, Aukt.-Kom.

[3423] **Wein-Auktion.** Den 28. d. M., Vormittags von 10 Uhr an, sollen auf dem neuen Packhofe an der Königsbrücke circa 600 Flaschen Rüdesheimer Berg, Chateau-Margaux und seiner weißer Rum, öffentlich versteigert werden.
Reymann, Auktions-Kommissarius.

[3460] Verloren wurde am 25. d. im Theater vom Balkon bis herunter ein Sammtband mit silbernem Schloß. Der ehrliche Finder wird ersucht, es Karlsstraße Nr. 47 im Comptoir abzugeben.

[317] **Steinlieferung.**
Die sofortige Anlieferung von $63\frac{3}{4}$ Schachtr. runde oder gesprengte Feldsteine von 6—12 Zoll Größe, zur 4. Brücke zwischen Bergel und Grüntanne, auf der Ohlau-Namslauer-Straße, soll in einzelnen Loosen oder im Ganzen an den Mindestfordernden verdungen werden; wozu ein Lizitationstermin auf
Montag den 30. Juni d. J., Vorm. um 9 Uhr im Kretscham zu Bergel
angesetzt ist, zu welchem Unternehmungslustige hiermit eingeladen werden.
Breslau, den 25. Juni 1851.
Der Wasserbau-Inspektor Martins.

Lieferung von Faschinen und Pfählen.
Wegen Anlieferung von
88 Schock Waldfaschinen,
44 Schock Buhnenpfähle, à 4' lang und
$9\frac{1}{4}$ Schock Spreutlagenpfähle, à 3' lang,
zu Erbauung von Buhnen am l. U. der alten Oder bei Breslau, oberhalb der Hundsfelder-Chausseebrücke, ist ein Lizitationstermin auf
Montag, den 30. Juni d. J.,
Nachm. 3 Uhr
in der Schreibstube des Unterzeichneten, Neue Taschenstr. Nr. 7 hierselbst angesetzt, wozu Lieferungslustige hierdurch eingeladen werden.
Breslau, den 25. Juni 1851. [318]
Der Wasserbau-Inspektor Martins.

Liebichs Garten.
Heute Konzert [2189]
vom Musikchor des königl. 19. Infant.-Regts.

Weiß-Garten.
Heute, Freitag den 27. Juni:
14tes Abonnements-Konzert der Springerschen Kapelle
unter der Haupt-Direktion des königl. Musik-Direktors Hrn. Schön.
Zur Aufführung kommt unter Anderem:
Sinfonie von Mozart (in Es).
Konzertino für zwei Oboe von Wenzel.
Anfang $3\frac{1}{2}$ Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Entree für Nicht-Abonnenten, für Herren 5 Sgr.,
[3445] für Damen $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Bahnhof Canth.
Sonntag, den 29. Juni:
5. Abonnements-Konzert vom Musikchor des königl. 1. Kürassier-Regiments. [1429]

Das Gasthaus zur Stadt Breslau in Dresden, Wilsdrufferstraße 35, in welchem sich eine Anzahl neu und gut eingerichteter Fremden-Zimmer befinden, empfiehlt Unterzeichneter dem reisenden Publikum hierdurch zur geneigten Beachtung. Durch gute und billige Bedienung werde ich das mir zu schenkende Vertrauen zu rechtfertigen suchen.
[1898] **August Lindner.**


Ein verlaufener Hund kann im Börsengebäude beim Kastellan abgeholt werden.
[3443]

[3433] **Zu vermiethen**
eine Stube mit oder ohne Möbel, Nikolaistraße Nr. 53, im dritten Stock.

[3452] Wenn ein zuverlässiger Mann gegen freie Wohnung und eine billige Provision die gewissenhafte Verwaltung eines Hauses übernehmen will, kann sich derselbe Ohlauerstraße Nr. 43 bei dem Wirth melden.

[2192] Ein unverheiratheter in seinem Fache erfahrener Kunst-, Baum- und Gemüsegärtner, welcher früher schon einem großen Garten selbstständig vorgestanden, und der sich durch Zeugnisse über seine Fähigkeiten genügend ausweisen kann, findet ein Unterkommen zum 1. August d. J. bei dem Dominio Mittel-Langenöls bei Lauban.

Kompagnon-Gesuch.
Zu einem rentablen Geschäft wird ein Kompagnon mit 800—1000 Thlrn. gesucht. Näheres unter Chiffre A. Z. S. poste restante Breslau.

[2185] Eine **Gutspacht** von circa 1000 Morgen (Kleefähig), woselbst auch Wiesenwachs und wo möglich eine Brennerei ist, mit gutem anständigen Wohnhaus, und überhaupt guten und hinlänglichen Gebäuden, wird **sofort** zu pachten gewünscht. Hierauf Reflektirende mögen gefälligst unter der Chiffre **A. L.** franko Ujest ihre Mittheilungen machen.

[3442] **Ein Daguerreotyp-Apparat,**
48 Lin. Oeffnung, zu Platten- und Papierbildern sich eignend, ist billig zu verkaufen: Karlsstraße Nr. 16, dritte Etage.

Fertige Hemden,
vorzüglich gearbeitet, à $12\frac{1}{2}$ Sgr. bis 5 Thlr.;
gemalte Rouleaux
in allen Farben, à $17\frac{1}{2}$ Sgr. bis 2 Thlr.;
Hanf-Leinwand
zu Marquisen und Staub-Rouleaux empfiehlt
Moritz Hausser,
[2129] Tauenzienplatz Nr. 4.

Frische Rehvorderkeulen,
das Stück $7\frac{1}{2}$ Sgr., sowie auch Rehkeulen empfiehlt:
[3436] Wildhändler **R. Koch**, Ring 9.

Frische Rehvorderkeulen,
das Stück 7 u. 8 Sgr., empfiehlt: **Frühling**, Wildhändlerin, Ring 26, im goldenen Becher.
[3450]

[3444] Ein gefundener **Regenschirm** kann vom Eigenthümer gegen Erstattung der Insertionskosten abgeholt werden: Neue Schweidnitzer Straße Nr. 2, zwei Treppen.

[3429] **Zu Michaelis zu beziehen:**
Nikolaistraße Nr. 31, eine Wohnung, bestehend aus drei Stuben, 1 Kabinet, Küche und Zubehör, im ersten Stocke. Nähere Auskunft ertheilt: der Kaufmann **G. Redlich**, am Ringe 55.

Zu vermiethen
sind schöne Zimmer für einzelne Herren, mit freundlicher Aussicht. Das Nähere daselbst Albrechtsstraße Nr. 6 im Palmbaum im Putzwaarren-Magazin. [3447]

[3446] Ohlauerstr. Nr. 47 im zweiten Stock, vornheraus, ist eine gut möblirte Stube an 1 oder 2 Herren zu vermiethen und bald zu beziehen.

[2193] **Verlagsbuchhandlung von Otto Spamer in Leipzig.**
M. V. Regnault's, Mitglied der Akademie der Wissenschaften ꝛc.

Schule der Chemie.

Nach dem neuesten Standpunkte der Wissenschaft

für Universitäten, Akademien, Gymnasien, Real- und Gewerbschulen, Handel und Ackerbau-Lehranstalten, so wie zur Selbstbelehrung.

In Bearbeitung
von **Dr. C. H. Th. Kerndt,**
Berg- und Hütteningenieur; Docent der Chemie und Technologie an der Universität zu Leipzig ꝛc.
Mit 140 in den Text eingedruckten Holzschnitten.
Vollständig. 45 Bg. 8. Preis geh. 1 Rtl. 25 Sgr. In eleg. engl. Einb. cart. 2 Rtl. 10 Sgr.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Nach dem Urtheile aller Männer von Fach die beste Schule der Chemie, die ihre Vorgänger weit hinter sich läßt.

Vorräthig in der Sort.-Buchhdl. **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstr. 20.

Von Heinrich Köhler in Stuttgart ist gegen Baarzahlung durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Das Dekameron des Boccaccio,

übersetzt von **E. Ortlepp.**
Acht Theile, mit 24 versiegelten Stahlstichen. Preis 2 1/2 Thaler baar. [2194]

[2015]

Mieths-Quittungsbücher,

das Stück 1 Sgr., sind vorräthig im Comtoir der Buchdruckerei von
Graß, Barth u. Comp., Herrenstraße Nr. 20.

[2187]

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir finden uns veranlaßt zeitweise auf Zink, welcher auf unserem hiesigen Bahnhofe lagert, Vorschüsse gegen vier Prozent Zinsen pr. Anno zu leisten; und sind weitere Informationen in unserem Direktorial-Bureau zu erfordern.

Breslau, den 26. Juni 1851.

Das Direktorium der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft.

[2182] Anzeige von

1841er Varinas-Kanaster in Rollen.

Aus einem zum Verkauf gekommenen Spekulationslager ist es uns gelungen, eine bedeutende Partie Varinas-Canaster in Rollen, 1841er Gewächs, billig an uns zu bringen. Bekanntlich haben die Erndten von Varinas-Tabak in den letzten Jahren nur eine äusserst mittelmässige, selbst geringe Qualität geliefert. Wir halten uns daher um so mehr berechtigt, auf unsern alten Canaster aufmerksam zu machen, als dieser Tabak sich durch Leichtigkeit und feinen Geruch ganz besonders auszeichnet.

Wir haben Herrn **Ferd. Scholtz** in **Breslau**, Büttnerstrasse Nr. 6 einen Theil obiger Partie zugesendet, welcher im Stande sein wird, zu den billigsten Preisen zu verkaufen.

Berlin, im Juni 1851.

Wilh. Ermeler u. Comp.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige, empfehle ich mein Lager von Varinas-Canaster zur gefälligen Ansicht und Abnahme; ebenso sämmtliche beliebte

Tabake und Cigarren aus der Fabrik der Herren Wilh. Ermeler u. Cp. in Berlin,

und sichere reele Bedienung zu.

Breslau, im Juni 1851.

Ferd. Scholtz, Büttnerstrasse Nr. 6.

[3438] Hiermit mache ich die ergebene Anzeige, daß ich hierorts vor Kurzem eine

Kunst- und Schönfärberei,

verbunden mit den dazu gehörigen Appretur-Anstalten, unter der Firma:

Ernst Dubiel

etablirt habe. — Die umfassendsten Geschäfts-Kenntnisse, die ich mir in meinem früheren Wirkungskreise als Färber in den ersten vorzüglichsten Wollen- und Seiden-Färbereien erworben, setzen mich in den Stand, allen Anforderungen auf das Beste zu entsprechen.

Durch möglichste Pünktlichkeit, größte Accuratesse und billigste Preise werde ich mich bestreben, das mir gütigst zu schenkende Vertrauen, um welches ich hiermit ergebenst bitte, stets bestens zu rechtfertigen.

Zur größeren Bequemlichkeit habe ich für **Breslau** den Tuchkaufmann **Robert Brendel** zur Annahme von Bestellungen beauftragt.

Ohlau, im Juni 1851. **Ernst Dubiel.**

In Bezug auf vorstehende Anzeige empfehle ich mich zur Annahme von Bestellungen zum Färben jeder Arten neuen als auch alten seidenen, wollenen und baumwollenen Stoffen oder Garnen.

Robert Brendel, Schmiedebrücke Nr. 5, 6.

[3455] Militär-Effekten, Kirchen-, Wirthschafts- und Luxus-Gegenstände jeder Art, sowohl von Silber, Messing, Neusilber, Eisen, als auch allen andern Metallen und Compositionen, werden auf das dauerhafteste vergoldet, versilbert, verkupfert ꝛc., durch das

galvanoplastische Institut von R. Hertel und Comp.,
Ohlauer-Straße Nr. 44.

Gast- und Schankwirthschaft-Verpachtung.

Die bei meinem Hause, „dem goldenen Anker“ in Bernstadt befindliche Gast- und Schankwirthschaft ist von Michaelis d. J. ab zu verpachten und die näheren Bedingungen bei dem unterzeichneten Eigenthümer einzusehen, oder in portofreien Briefen zu erfragen.

Bernstadt, den 25. Juni 1851. **Freund,** Stadt-Kämmerer. [2184]

Das Bad Humboldts-Au,

bei der großen Waldwoll-Fabrik,

5 Meilen von Breslau, 1 3/11 Meilen von Trebnitz, an der nach Militsch führenden Chaussee, wird zu Besuchen für die nächsten Monate empfohlen.

Der Bericht des Bade-Arztes, Herrn Dr. Stahr, ist bei Philipp Aderholz und bei Gosohorsky in Breslau, sowie bei der Bade-Inspection zu haben. Nach demselben haben sich die balsamischen Bäder mit entschiedenem Erfolge bewährt gegen Skrophel-Krankheit, Bleichsucht, Gicht, gegen chronische Unterleibsleiden, besonders Stockungen im Pfortader-Systeme, namentlich der Leber, bei Hämorrhoidalleiden, chronischem Rheumatismus, Störungen in der Menstruation, Schleimflüssen, der Respirations-, besonders der Sexual-Organe, gegen viele Nerven-Krankheiten, Hypochondrie, Hysterie, Neuralgien, Lähmungen, Veitstanz. Die Bade-Anstalten-Douche und Inhalation sind gut und bequem eingerichtet, die Wohnungen gut möblirt, der Restaurateur billig und leistet dabei das Mögliche. Die überhaupt billigen Kosten sind zu erfahren bei der Bade-Inspection und Nr. 31 Büttnerstraße bei Herrn **Scharff.** [2191]

Eine Hypothek von 4000 Rthl.,

pupillarisch sicher, auf einem hiesigen, schönen neu erbauten Hause haftend, ist Verhältnisse halber mit Verlust sofort zu verkaufen. Näheres bei **C. E. Jaeckel,** Ohlauer-Straße Nr. 47 im Hinterhause. [3463]

Den HH. Schuhmacher-Meistern erlaube ich mir, mein vollständig assortirtes Lager von

echten Ahorn-Holz-Speilen

aus der ersten Fabrik Berlins zur gefälligen Beachtung zu empfehlen.

[3332] **R. Zimmermann,** Schmiedebrücke Nr. 50.

Zu Michaelis werden für sehr wohl renommirte **Apotheken Lehrlinge** verlangt. Nähere Auskunft ertheilt: [3453]

J. H. Büchler in Breslau, Apotheker.

[3454] Albrechtsstr. Nr. 42, im ersten Stock vorn heraus, ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen und gleich zu beziehen.

[3441] Zwei Arbeitspferde stehen billig zu verkaufen Gartenstraße Nr. 15.

[3462] Eine zuverlässige **Kinderfrau** wird empfohlen Ziegengasse Nr. 6 beim Haushälter.

[3428] Ohlauerstraße Nr. 24, eine Stiege, ist ein sehr schönes Zimmer mit oder ohne Möbel zu vermiethen und bald zu beziehen.
Näheres Karlsplatz Nr. 4 bei Oppler.

[3437] Eine Wohnung von 3 Stuben ist Heiligegeiststraße 20 zu vermiethen. Näheres par terre links.

[2190] **Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.**
Oberst Prinz Paskiewitsch, General Boutoulin, Frau v. Szymanowska und Titularrath Makowski aus Warschau. Geh. Bergrath Kühn aus Berlin. Strafanstalt-Dir. Schnuchel aus Görlitz. Herr Wolke aus Bremen. Kfm. Lewald aus Biran. Kaufm. Wittenstein aus Elberfeld Herr Turlot a. Paris. Gutsbesitzerin v. Kostin aus der Bukowina. General Souchosaneth und Partik. Besebrasoff aus Petersburg. Fräuleins Zimmermann, Streiber und Koch aus Halle.

[3431] Michaelis zu beziehen Gartenstraße 34 im ersten Stock eine mittlere Wohnung.

Zu Michaelis zu beziehen:
Herrenstraße Nr. 20 eine Wohnung von 5 Stuben, Küche und Zubehör, im dritten Stock, welche zwei Ausgänge hat und daher getheilt werden kann, für 150 Rthl. [2140]

Markt-Preise.

Breslau am 26. Juni 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	66	64	60	57	Sgr.
Gelber dito	64	65	60	57	•
Roggen . . .	44	43	41	40	•
Gerste . . .	36	34	33	32	•
Hafer	34	32	31	30	•
Spiritus . .	7 1/2 Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

25. u. 26. Juni	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Luftdruck b. 0°	27"10,56'''	27"9,32'''	27"9,49'''
Luftwärme	+ 11,3	+ 10,1	+ 11,9
Thaupunkt	+ 5,20	+ 8,53	+ 8,27
Dunstsättigung	60 pCt.	88 pCt.	74 pCt.
Wind	WSW	S	N
Wetter	trübe	bed. Rg.	trübe
Wärme der Oder		+ 14,0	

Börsenberichte.

Breslau, 26. Juni. Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95 1/2 Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113 3/8 Br. Louisd'or 108 2/3 Br. Polnisch Courant 95 2/3 Br. Oesterreichische Banknoten 81 11/12 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 1/4 Br. Preußische Bank-Antheile — — Freiwillige preuß. Anleihe 5% 106 1/3 Br. Neue Staats-Anleihe 4 1/2 % 103 1/6 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3 1/2 % 87 2/3 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 1/4 Br. Breslauer Kämmerei-Obligationen 4 1/2 % 102 1/2 Br. Breslauer Gerechtigkeits-Obligationen 4 1/2 % — — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 102 1/2 Br., neue 3 1/2 % 92 1/12 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3 1/2 % 96 1/3 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 103 1/4 Br., Litt. B. 4 % 102 1/3 Gl., 3 1/2 % 92 1/12 Gl. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 94 3/4 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 300 Fl. — — Polnische Schatz-Obligationen — — Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Polnische Certificat à 200 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 78 7/12 Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 129 3/4 Br., Litt. B. 118 5/12 Gl., Priorität 4 % — — Krakau-Oberschlesische 79 7/12 Br., Priorität 4 % — — Niederschlesisch-Märk. 89 1/3 Br., Priorität 4 % — — Priorität 5 % 102 3/4 Gl., Serie III. 104 1/4 Br. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) — — Neisse-Brieger 46 3/4 Gl. Berlin-Hamburger — — Köln-Mindener — — Priorität 105 1/4 Br. Sächsisch-Schlesische — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 1/2 Br. Posen-Stargard — — Rentenbriefe 99 1/6 Br. Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 141 2/3 Br. Augsburg 2 Monat — — Berlin 2 Monat 99 1/6 Gl., k. Sicht 100 1/12 Br. Frankfurt a. M. 2 Monat — — Hamburg 2 Monat 149 11/12 Br., k. Sicht 150 5/12 Gl. Leipzig — — London 3 Monat 6. 19 2/3 Br. Paris 2 Monat 80 1/12 Br. Wien 2 Monat — —

Berlin, 25. Juni. Die seit einigen Tagen vorherrschende Flauheit war heute noch umfangreicher und das Weichen der Course allgemeiner als seither, wozu besonders die nahe Monats-Liquidation beizutragen scheint.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3 1/3 % 105 à 104 1/2 bez., Priorität 5 % 104 3/4 Br. Krakau-Oberschlesische 4 % 79 3/4 à 74 bez., Priorität 4 % 86 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 37 bez. und Br., Priorität 5 % 98 Br. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2 % 89 3/8 bez., Priorität 4 % 96 1/2 Br., Priorität 5 % 102 3/4 bez., Serie III. 5 % 104 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 28 Br. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2 % 129 3/4 bez. und Br., Litt. B. 3 1/2 % 119 1/4 bez. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106 Br. Staats-Anleihe von 1850 4 1/2 % 103 Gld. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2 % 87 1/8 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 1/2 bez. Posener Pfandbriefe 4 % 102 Gld., 3 1/2 % 91 3/4 Br. Preußische Bank-Antheile 96 1/4 Br. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 95 1/4 bez., neue 4 % 95 1/4 bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 83 3/4 Gld., à 300 Fl. 143 1/8 Br.

Wien, 25. Juni. Bei sehr beschränktem Geschäft erfuhren Fonds und Aktien keine besondere Veränderung; Nordbahn-E.-B.-Aktien, welche gestern nach der Börse noch bis 133 1/8 gewichen waren, wurden heute von 133 3/8—134 1/8 gemacht, um zur Notiz zu schließen. Von Valuten sind Amsterdam, Paris und Comptanten erheblicher zurückgegangen.

5 % Metalliques 95 5/8, 4 1/2 % 83 5/8; Nordbahn 33 5/8; Coupons 1 1/8; Hamburg 2 Monat 184 1/2; London 3 Monat 12. 14.; Silber 125 1/4.

Verleger: H. Barth in Breslau. Redakteur: J. Nimbs in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.